

Sitzung des Ortschaftsrates Warmbronn

Sitzungstermin:	Montag, 27.11.2023, 20:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal Bürgerhaus Warmbronn, Hauptstraße 42, 71229 Leonberg Warmbronn

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Bekanntgaben
- 2 Plangebiet „Wohnen – Hinter den Gärten“, Planbereich 06.02-17 in Leonberg-Warmbronn
- Verlegung der im Bebauungsplanentwurf festgesetzten Trafostation auf das städtische Flurstück Nr. 23/5, außerhalb des Plangebiets
- 3 Satzung zur Änderung der "Satzung über die Erhebung von Marktgebühren"
- 4 Haushaltsplan 2024 - Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2024
- 5 Haushaltsplan 2024 - Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2024
- 6 Haushaltsplan 2024 - Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen
- 7 Haushaltsplan 2024 - Ergänzungsanträge aus dem Ortschaftsrat Warmbronn
- 8 Anfragen und Anregungen
- 9 Verschiedenes

2023/276

öffentlich

Dezernat III
PlanungsamtBezugsvorlagen:
2023/051

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortschaftsrat Warmbronn (Entscheidung)	27.11.2023	Ö

**Plangebiet „Wohnen – Hinter den Gärten“, Planbereich 06.02-17 in Leonberg-Warmbronn
- Verlegung der im Bebauungsplanentwurf festgesetzten Trafostation auf das städtische Flurstück Nr. 23/5, außerhalb des Plangebiets**

Beschlussvorschlag

Die Planung einer Trafostation auf dem städtischen Flurstück Nr. 23/5, derzeit als öffentlicher Parkplatz genutzt, wird als Ersatz für die Umspannstation „Bei der Wette“ beschlossen.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Zur Sicherstellung der Stromversorgung im Bereich des Plangebiets „Wohnen – Hinter den Gärten“ benötigt die Netze BW Flächen für **zwei Umspannstationen** mit den Maßen von je 5m x 4m Grundfläche. Die Flächen sollen zu Gunsten der Leo Energie mit einer Grunddienstbarkeit gesichert werden. Eine Umspannstation muss vorgesehen werden, um die altertümliche, als Kulturdenkmal ausgewiesene Turmstation „Bei der Wette“ zu ersetzen. Diese liegt außerhalb des Plangebiets. Die Umspannstation „Bei der Wette“ ist für die elektronische Erschließung für das Baugebiet „Wohnen - Hinter den Gärten“ nicht geeignet (Kulturdenkmal). Selbst wenn der Ersatz der Umspannstation „Bei der Wette“ möglich wäre, ist die zur Verfügung stehende Grundfläche zu gering. Daher wird eine weitere Fläche für die Umspannstation für das Plangebiet benötigt, welche zur Erschließung für Strom und E-Mobilität notwendig ist. In beiliegendem Plan sind die im Bebauungsplanentwurf vom 02.05.2023 vorgesehenen zwei neu geplanten Standorte skizziert:

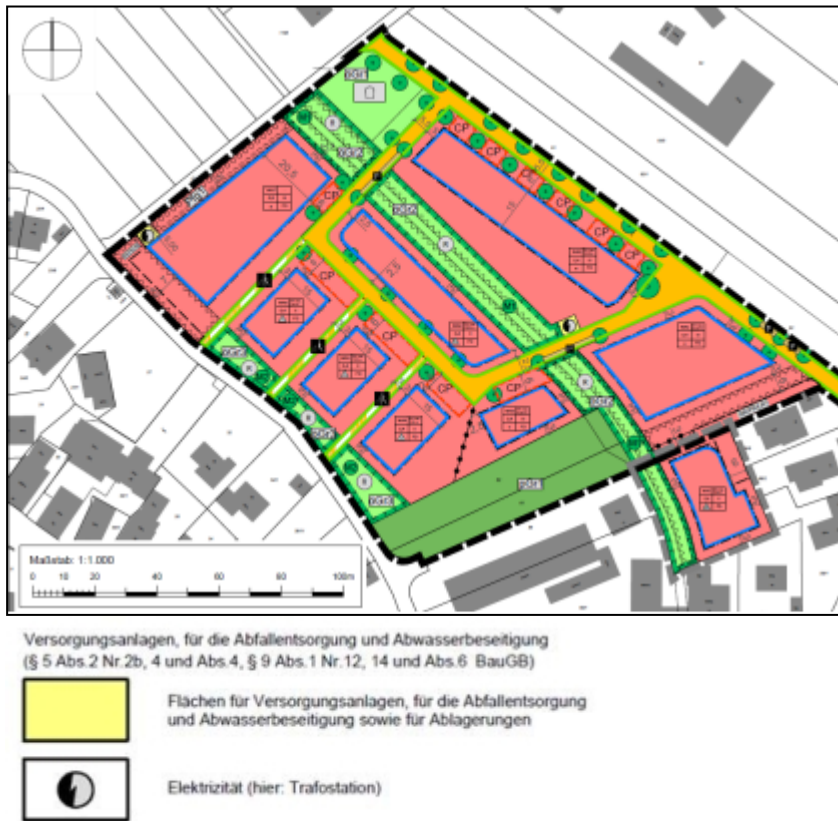


Abbildung 1: Standorte im Bebauungsplanentwurf



Abbildung 2: Standorte Planung zur Offenlage (alt); Quelle Netze BW

Die ursprüngliche Planung zur Offenlage des Bebauungsplanentwurfs sieht die oben dargestellten Standorte innerhalb des Plangebiets vor. Die im Planteil zum Bebauungsplan gekennzeichnete Fläche südlich des WA 7 (Seniorenwohnen) ist als Regenwasserabflusstrasse von jeglichen Hindernissen freizuhalten, weshalb die Umspannstation nicht unmittelbar an die Straße herangerückt werden kann.

Als Alternativstandort wird für den nordwestlichen Standort erwogen, die Stationsfläche auf den öffentlichen Parkplatz Flurstücknummer 23/5 zu verlegen (außerhalb Plangebiet). Dieser Vorschlag wurde aus stadtgestalterischen Gründen, zur Aufwertung und Gestaltung des Quartiereingangs von Süden her, entwickelt. Durch die Verlegung der Trafostation auf das

städtische Grundstück Flst. Nr. 23/5 außerhalb des Plangebiets, entfallen öffentliche Stellplätze. Eine Kompensation der Stellplätze ist nicht vorgesehen. Zur Straße "Hinter den Gärten" hin, steht ein Baum. Von Seiten der Netze BW soll dieser nach Möglichkeit erhalten werden, dies kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht garantiert oder gewährleistet werden. Hierzu muss eine Begutachtung des Baumes erfolgen. Der Bebauungsplan „Ortskernsanierung Warmbronn“ Teil 1 (15.01.1980) weist dem Flurstück Nr. 23/5 „öffentliche Parkflächen“ zu. Durch die Zulassung der Trafostation entsteht kein planungsrechtlicher Konflikt, diese ist über § 14 Abs. 2 BauNVO als Ausnahme genehmigungsfähig.



Abbildung 3: Planung Umspannstation Alternative Flurstück Nr. 23/5 (Quelle Netze BW)

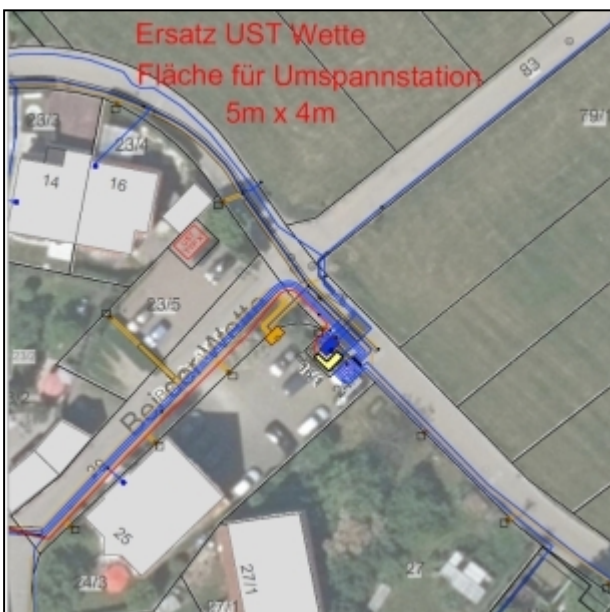


Abbildung 4: Planung Umspannstation Alternative Flurstück Nr. 23/5 (Quelle Netze BW)

Anlage/n
Keine

2023/289

öffentlich

Dezernat II
Kämmereiamt

Ordnungsamt

Bezugsvorlagen:

2006 V 23 , 2014 V 81, 2016 V 77

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortschaftsrat Warmbronn (Vorberatung)	27.11.2023	Ö
Ortschaftsrat Gebersheim (Vorberatung)	28.11.2023	Ö
Ortschaftsrat Höfingen (Vorberatung)	29.11.2023	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	13.12.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

Satzung zur Änderung der "Satzung über die Erhebung von Marktgebühren"

Beschlussvorschlag

- Die Gebührenkalkulation (**Anlage 1**) wird zur Kenntnis genommen und beschlossen.
- Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO), §§ 2, 13, 14 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG), jeweils in der derzeit gültigen Fassung, hat der Gemeinderat der Stadt Leonberg in seiner Sitzung am 19.12.2023 die in der **Anlage 3** dargestellte Satzung zur Änderung der "Satzung über die Erhebung von Marktgebühren" beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA NEIN

Die Änderungen werden erst ab dem Haushaltsjahr 2024 wirksam. Die Änderungen werden bei der Haushaltsplanaufstellung 2024 berücksichtigt.

Kontierung	HH-Jahr	Haushaltsplanentwurf 2024 (Stand: 09.11.2023)	Finanzbedarf	Bemerkung
57300001 – 33210000 Wochenmärkte Steinstraße Leonberg Benutzungsgebühren	2024	12.000 EUR	12.000 EUR	Kostenstellenbezeichnung geändert wegen Wochenmarkt Marktplatz Leonberg. Gebührenerhöhungen ab 01.07.2024. Der Finanzbedarf ist im Haushaltsplanentwurf 2024 veranschlagt.
57300002 – 33210000 Wochenmärkte Eltingen/Warmbronn/Höfingen/ Marktplatz Leonberg Benutzungsgebühren	2024	9.000 EUR	9.000 EUR	Kostenstellenbezeichnung geändert wegen Wochenmarkt Marktplatz Leonberg. Gebührenerhöhungen ab 01.07.2024. Der

				Finanzbedarf ist im Haushaltsplanentwurf 2024 veranschlagt.
28100004 – 33210000 Pferdemarkt Benutzungsgebühren	2024	12.000 EUR	12.000 EUR	Pferdemarkt Februar 2024. Gebührenerhöhungen ab 01.07.2024, wirksam daher erst im Haushaltsjahr 2025.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

1. Hintergrund der Änderung der Gebührensatzung

Diese Vorlage dient lediglich der Kalkulation der Marktgebühren und trifft keine Aussage über die Wirtschaftlichkeit des Marktwesens. Die Marktgebühren wurden zuletzt mit Wirkung zum 01.01.2015 (Vorlage 2014 V 81) und 01.01.2017 (Vorlage 2016 V 77) neu festgesetzt. In den Jahren 2020 und 2021 haben der Pferdemarkt und der Nikolausmarkt in Leonberg coronabedingt nicht stattgefunden. Seit 2022 wird der Nikolausmarkt in neuer Form als Adventsdörfle abgehalten. Das Adventsdörfle findet an allen vier Adventswochenenden statt und wird von Vereinen, Schulklassen und Organisationen bespielt. Es handelt sich hierbei um eine Veranstaltung. Lediglich der Weihnachtsmarkt in Höfingen und das Adventsmärktle in Gebersheim finden in der vorliegenden Satzungsänderung Berücksichtigung. Es sind hier nur Vereine, Schulklassen etc. zugelassen. Gebühren entstehen hierfür nicht, daher entfällt hierfür eine Kalkulation.

Aufgrund gestiegenen Personal- und Sachkosten (u. a. Strom) und der Einführung der Kommunalen Doppik wird die Satzung über die Erhebung von Marktgebühren den aktuellen Anforderungen angepasst.

2. Kalkulation 2023 (Anlage 1)

Die Aufteilung der Kosten in die verschiedenen Bereiche erfolgte aufgrund der Erfahrungsberichte der Marktverwaltung. Im Ergebnis ergibt sich das als Anlage 3 beigefügte neue Marktgebührenverzeichnis der Stadt Leonberg. Das geänderte Gebührenverzeichnis soll zum 01.07.2024 in Kraft treten.

2.1 Kosten

Die durchschnittlichen Gesamtkosten in Höhe von ca. 77.500 EUR p.a. ergeben sich aus den vorläufigen Rechnungsergebnissen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 sowie den Planansätzen des Haushaltsjahres 2023. Besonders hervorzuheben sind die Stromkosten. Laut BDEW-Strompreisanalyse (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.) vom 24.07.2023 ist der durchschnittliche Strompreis für Haushalte seit der umfassenden Marktgebührenanpassung zum 01.01.2015 bis Juli 2023 um ca. 60 % gestiegen.

Ab dem Haushaltsjahr 2024 wird der Wochenmarkt Marktplatz statt bisher unter Kostenstelle 57300001 Wochenmärkte Marktplatz Leonberg/Steinstr. neu unter Kostenstelle 57300002 Wochenmärkte Eltingen/Warmbronn/Höfingen/Marktplatz Leonberg berücksichtigt.

2.2 Kostendeckungsgrad

Der angestrebte Kostendeckungsgrad in Höhe von 73 %, welcher mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 25.07.2006 (Vorlage 2006 V 23) festgelegt wurde, wird auch mit der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung nicht erreicht.

In der Kalkulation 2016 (Vorlage 2016 V 77) wurde ein Kostendeckungsgrad von 56,03 % (inklusive Nikolausmarkt Leonberg, Weihnachtsmarkt Höfingen, Adventsmärkte Gebersheim) angestrebt. Der aktuelle Kostendeckungsgrad beträgt ca. 35 % (ohne Adventsdörfle Leonberg, Weihnachtsmarkt Höfingen, Adventsmärkte Gebersheim). Um die Attraktivität der Märkte aufrecht zu halten, sollen die aktuellen Gebührenanpassungen moderat erfolgen. Mit der vorliegenden Kalkulation soll der Kostendeckungsgrad um ca. 9 % auf ca. 44 % erhöht werden. Vergleichswerte mit anderen Kommunen konnten nicht ermittelt werden.

2.3 Flächen

In der Kalkulation 2016 (Vorlage 2016 V 77) wurde als zu vergebende Fläche bei den Wochenmärkten je Markttag 1.156 m² angesetzt. In der vorliegenden Kalkulation beträgt diese 869 m². Dies bedeutet bei den Wochenmärkten eine Flächenverringerung von ca. 25 %.

Beim Pferdemarkt hat sich die Fläche seit der oben genannten Kalkulation von 1.007 lfdm. auf 740 lfdm. Dies entspricht einer Flächenverringerung von ca. 26 %.

2.4 Gebührensätze

Die neuen Gebühren von Leonberg (Anlage 3) können mit den Marktgebühren umliegender Städte und Gemeinden nicht verglichen werden, da viele Kommunen die überlassenen Flächen für Wochenmärkte nach laufenden Metern und nicht wie in Leonberg nach m² abrechnen. Die Verwaltung hält die Abrechnung auf der Basis von m² für transparenter und kostengerechter.

3. Geänderte Gebührensatzung bzw. Gebührenverzeichnis ab 01.07.2024

Eine Gegenüberstellung des alten und des neuen Gebührenverzeichnisses ist als Anlage 2 dargestellt.

Um die Gebühren moderat anzupassen, soll das Gebührenverzeichnis künftig in einem 3-Jahres-Rhythmus überprüft und aktualisiert werden.

Anlage/n

- 1 Kalkulation (öffentlich)
- 2 Gebührenvergleich (öffentlich)
- 3 Satzungsänderungen (öffentlich)

Marktgebührenkalkulation

Kostenermittlung

Sachkonten	Bezeichnung	2021 (vorl. RE)	2022 (vorl. RE)	2023 (Plan)	Durchschnitt	Wochenmarkt Steinstr.	Wochenmärkte Eltingen, Warmbronn, Höfingen, Marktplatz Leo	Pferdemarkt	Adventsdörfle Leo, Weihnachtsmarkt Höfingen, Adventsm. G.	Sonstige z.B. Autoschau	GESAMT
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
Kostenstelle 57300000 Märkte											
4.....	Personalausgaben	entfällt	entfällt	9.419,00	9.419,00	4.347,23	3.622,69		1.449,08		9.419,00
42310000	Miete inkl. Nebenkosten und Pachten	0,00	0,00	900,00	900,00	415,38	346,15		138,46		900,00
42612000	Aus- und Fortbildung, Umschulung	0,00	0,00	500,00	500,00	230,77	192,31		76,92		500,00
44310003	Dienstreisen	81,84	0,00	150,00	150,00	69,23	75,00		23,08		167,31
47117000	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	entfällt	entfällt	761,82	761,82		761,82				761,82
92300000	Interne Leistungsverrechnung Steuerumlage	723,31	171,04	546,32	480,22	221,64	184,70		73,88		480,22
92400000	Interne Leistungsverrechnung Serviceumlage	5.680,80	1.240,11	2.963,76	3.294,89	1.520,72	1.267,27		506,91		3.294,89
98110000	Kalkulatorische Zinsen	37,68	215,76	204,42	152,62		152,62				152,62
Zwischensumme		6.523,63	1.626,91	15.445,32	15.658,55	6.804,98	6.602,56		2.268,33		15.675,86
Kostenstelle 57300001 Wochenmärkte Marktplatz Leonberg/Steinstr.											
42410410	Winterdienst	3.066,50	0,00	5.000,00	2.688,83	2.688,83					2.688,83
42710000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Strom)	7.107,10	10.585,35	15.000,00	10.897,48	5.046,86	5.850,63				10.897,48
42910000	Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen (Marktaufsicht etc.)	1.373,61	3.858,51	2.000,00	2.410,71	300,00	300,00		1.810,71		2.410,71
47117000	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	entfällt	entfällt	673,88	673,88	673,88					673,88
48110010	Aufwand für interne Leistungen Baubetriebshof	2.037,94	1.867,37	5.000,00	2.968,44	1.649,13	1.319,31				2.968,44
92300000	Interne Leistungsverrechnung Steuerumlage	308,54	386,25	469,64	388,14	215,64	172,51				388,14
92400000	Interne Leistungsverrechnung Serviceumlage	2.417,15	2.800,21	2.549,12	2.588,83	1.438,24	1.150,59				2.588,83
98110000	Kalkulatorische Zinsen	entfällt	entfällt	39,45	13,15	13,15					13,15
Zwischensumme		16.310,84	19.497,69	30.732,09	22.629,46	12.025,72	8.793,03		1.810,71		22.629,46

Sach- konten	Bezeichnung	2021 (vorl. RE)	2022 (vorl. RE)	2023 (Plan)	Durch- schnitt	Wochen- markt Stein- str.	Wochen- märkte Eltingen, Warmbronn, Höfingen, Marktplatz Leo	Pferde- markt	Advents- dörfle Leo, Weihnachts- markt Höfingen, Adventsm. G.	Sonstige z.B. Auto- schau	GESAMT
Kostenstelle 57300002 Wochenmärkte Eltingen/Warmbronn/Höfingen											
42410410	Winterdienst	entfällt	entfällt	2.000,00	2.000,00		2.000,00				2.000,00
42710000	Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Strom)	931,55	1.202,79	2.500,00	1.544,78		1.544,78				1.544,78
42910000	Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen (Marktaufsicht)	329,80	300,00	500,00	376,60		376,60				376,60
47117000	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	entfällt	entfällt	1.231,88	410,63		410,63				410,63
92300000	Interne Leistungsverrechnung Steuerumlage	65,87	55,22	107,40	76,16		76,16				76,16
92400000	Interne Leistungsverrechnung Serviceumlage	516,32	400,15	583,04	499,84		499,84				499,84
98110000	Kalkulatorische Zinsen	entfällt	entfällt	218,96	218,96		218,96				218,96
Zwischensumme		1.843,54	1.958,16	7.141,28	5.126,97		5.126,97				5.126,97
Kostenstelle 28100004 Pferdemarkt											
	Personalkosten intern (Pauschal)			12.862,00	12.862,00			12.862,00			12.862,00
	Security extern (SteGa GmbH)			547,40	547,40			547,40			547,40
	Strom (Schätzung)			400,00	400,00			400,00			400,00
	Aufwand für interne Leistungen Baubetriebshof (Schätzung)			5.000,00	5.000,00			5.000,00			5.000,00
	ILV Steuerungs- und Serviceumlage (Schätzung)			5.000,00	5.000,00			5.000,00			5.000,00
Zwischensumme				31.169,64	23.809,40			23.809,40			23.809,40
Kostenstelle 11243231 WC Steinstraße											
92200000	ILV Gebäudemiete Netto			10.232,40	10.232,40	7.674,30		852,70		1.705,40	10.232,40
Zwischensumme				10.232,40	10.232,40	7.674,30		852,70		1.705,40	57.851,20
SUMME		24.678,01	23.082,76	63.551,09	77.456,78	26.505,00	20.522,56	24.662,10	4.079,04	1.705,40	77.474,09
abzüglich Adventsdörfle Leonberg, Weihnachtsmarkt Höfingen, Adventsmärkte Gebersheim, Sonstige											5.784,44
Berücksichtigungsfähige Kosten											71.689,66

Verteilung der Kostenstellen auf die Kostenträger

Kostenstellen	Kosten in EUR	zu vergebende m ² / lfd. m je Markttag	Kostendeckende Gebühr	
			Jahresgebühr pro m ² in EUR	Tagesgebühr pro m ² / lfd. m in EUR
<u>1. Wochenmarkt Steinstraße Leonberg</u>				
Standplatz	15.819,36	355 m ²	44,50	0,93
Standplatz für Verkaufswagen	10.685,63	127 m ²	84,33	1,76
<u>2. Wochenmärkte Eltingen, Warmbronn, Höfingen, Marktplatz Leonberg</u>				
Standplatz	8.144,98	240 m ²	33,92	0,71
Standplatz für Verkaufswagen	12.377,57	147 m ²	84,26	1,76
<u>3. Pferdemarkt</u>				
Standplatz mit wenig od. ohne städt. Strom	22.753,92	694 lfd. m	---	32,79
Standplatz mit städt. Strom (Imbiss/Kühlwagen)	1.933,05	46 lfd. m	---	42,02

	seit	ab	Differenz	Erhöhung	seit	ab	Differenz	Erhöhung
	01.01.2015/ 01.01.2017	01.07.2024			01.01.2015/ 01.01.2017	01.07.2024		
	<= 20 m ² in EUR	<= 20 m ² in EUR	in EUR	in %	> 20 m ² in EUR	> 20 m ² in EUR	in EUR	in %
1. Wochenmarkt Steinstraße Leonberg								
1.1 Standplatz								
1.1.1 Tagesgebühr je m ² Standfläche	0,80	0,85	0,05	6,25	0,60	0,65	0,05	8,33
1.1.2 Jahresgebühr je m ² Standfläche	23,00	24,00	24,00	4,35	19,00	20,00	1,00	5,26
1.2 Standplatz für Verkaufswagen								
1.2.1 Tagesgebühr je m ² Standfläche	1,00	1,20	0,20	20,00	0,80	0,95	0,15	18,75
1.2.2 Jahresgebühr je m ² Standfläche	27,00	31,50	4,50	16,67	22,00	25,50	3,50	15,91
2. Wochenmärkte Eltingen, Warmbronn, Höfingen, Marktplatz Leonberg								
2.1 Standplatz								
2.1.1 Tagesgebühr je m ² Standfläche	0,60	0,65	0,05	8,33	0,40	0,45	0,05	12,50
2.1.2 Jahresgebühr je m ² Standfläche	17,00	18,00	4,00	5,88	13,00	13,70	0,70	5,38
2.2 Standplatz für Verkaufswagen								
2.2.1 Tagesgebühr je m ² Standfläche	0,80	0,95	0,15	18,75	0,60	0,70	0,10	16,67
2.2.2 Jahresgebühr je m ² Standfläche	20,00	23,00	3,00	15,00	16,00	18,50	2,50	15,63
3. Pferdemarkt								
3.1 Tagesgebühr für einen Standplatz je angefangenem lfd. Meter Frontlänge					15,00	16,50	1,50	10,00
3.2 Tagesgebühr für einen Imbissstand je angefangenem lfd. Meter Frontlänge					18,00	21,50	3,50	19,44
4. Weihnachtsmarkt Höfingen								
4.1 Tagesgebühr für einen Standplatz je angefangenem lfd. Meter Frontlänge für Vereine, Schulklassen, Kindergärten und Organisationen, die den Erlös zur Förderung ihrer eigenen, gemeinnützigen Arbeit verwenden oder an anerkannte Hilfsorganisationen spenden	0,00	0,00	0,00	0%	0,00	0,00	0,00	0,00
4.2 Tagesgebühr für einen Imbissstand je angefangenem lfd. Meter Frontlänge für Vereine, Schulklassen, Kindergärten und Organisationen, die den Erlös zur Förderung ihrer eigenen, gemeinnützigen Arbeit verwenden oder an anerkannte Hilfsorganisationen spenden	0,00	0,00	0,00	0%	0,00	0,00	0,00	0,00

Marktgebührenkalkulation mit Gebührevorschlag 2024

Berechnung der Kostendeckung / Gebührenobergrenze:	in EUR
1. Wochenmarkt Steinstraße Leonberg	11.967,29
2. Wochenmärkte Marktplatz Leonberg, Eltingen, Warmbronn u. Höfingen	7.477,22
3. Pferdemarkt	12.440,00
Gesamterlöse:	31.884,50
Berücksichtigungsfähige Kosten:	71.689,66
Kostendeckungsgrad	44%

Gesamtbetrachtung	Zuschussbedarf (-) in EUR	KD-Grad in %
1. Wochenmarkt Steinstraße Leonberg	-26.505,00	45%
2. Wochenmärkte Marktplatz Leonberg, Eltingen, Warmbronn u. Höfingen	-20.522,56	36%
3. Pferdemarkt	-24.662,10	50%

Satzung zur Änderung der “Satzung über die Erhebung der Marktgebühren“

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO), §§ 2, 13, 14 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG), jeweils in der derzeit gültigen Fassung, hat der Gemeinderat der Stadt Leonberg in seiner Sitzung am 19.12.2023 die nachfolgend dargestellte Satzung zur Änderung der “Satzung über die Erhebung von Marktgebühren“ beschlossen:

1. Das Marktgebührenverzeichnis – erhält folgende Fassung:

Marktgebührenverzeichnis zum 01.07.2024

	< = 20 m ² in EUR	> 20 m ² in EUR
1. Wochenmarkt Steinstraße Leonberg		
1.1 Standplatz		
1.1.1 Tagesgebühr je m ² Standfläche	0,85	0,65
1.1.2 Jahresgebühr je m ² Standfläche	24,00	20,00
1.2 Standplatz für Verkaufswagen		
1.2.1 Tagesgebühr je m ² Standfläche	1,20	0,95
1.2.2 Jahresgebühr je m ² Standfläche	31,50	25,50
2. Wochenmärkte Eltingen, Warmbronn, Höfingen, Marktplatz Leonberg		
2.1 Standplatz		
2.1.1 Tagesgebühr je m ² Standfläche	0,65	0,45
2.1.2 Jahresgebühr je m ² Standfläche	18,00	13,70
2.2 Standplatz für Verkaufswagen		
2.2.1 Tagesgebühr je m ² Standfläche	0,95	0,70
2.2.2 Jahresgebühr je m ² Standfläche	23,00	18,50
3. Pferdemarkt		
3.1 Tagesgebühr für einen Standplatz je angefangenem lfd. Meter Frontlänge		16,50
3.2 Tagesgebühr für einen Imbissstand je angefangenem lfd. Meter Frontlänge		21,50
4. Weihnachtsmarkt Höfingen, Adventsmärkte Gebersheim		
4.1 Tagesgebühr für einen Standplatz je angefangenem lfd. Meter Frontlänge für Vereine, Schulklassen, Kindergärten und Organisationen, die den Erlös zur Förderung ihrer eigenen, gemeinnützigen Arbeit verwenden oder an anerkannte Hilfsorganisationen spenden		0,00
4.2 Tagesgebühr für einen Imbissstand je angefangenem lfd. Meter Frontlänge für Vereine, Schulklassen, Kindergärten und Organisationen, die den Erlös zur Förderung ihrer eigenen, gemeinnützigen Arbeit verwenden oder an anerkannte Hilfsorganisationen spenden		0,00

2. § 5 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.07.2024 in Kraft.

2023/192-02

öffentlich



Dezernat II
Kämmereiamt

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortschaftsrat Warmbronn (Kenntnisnahme)	27.11.2023	Ö
Ortschaftsrat Gebersheim (Kenntnisnahme)	28.11.2023	Ö
Ortschaftsrat Höfingen (Kenntnisnahme)	29.11.2023	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Kenntnisnahme)	06.12.2023	Ö
Planungsausschuss (Kenntnisnahme)	07.12.2023	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Kenntnisnahme)	13.12.2023	Ö
Gemeinderat (Kenntnisnahme)	19.12.2023	Ö

Haushaltsplan 2024 - Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2024

Beschlussvorschlag

Der Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2024 wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Die Sitzungsvorlage beinhaltet die schriftlichen Haushaltsreden und Anträge der Fraktionen vom 07.11.2023 zum Haushaltsplanentwurf 2024.

Die Beratung und Beschlussfassung über die einzelnen Anträge mit finanziellen Auswirkungen erfolgt mit der Sitzungsvorlage 2023/192-03.

Anlage/n

- 1 Haushaltsrede 2024 Grüne mit Anträgen (öffentlich)
- 2 Haushaltsrede 2024 Freie Wähler mit Anträgen (öffentlich)
- 3 Haushaltsrede 2024 CDU mit Anträgen (öffentlich)
- 4 Haushaltsrede 2024 SPD mit Anträgen (öffentlich)
- 5 Haushaltsrede 2024 FDP mit Anträgen (öffentlich)
- 6 Haushaltsrede 2024 SALZ mit Anträgen (öffentlich)

Fraktion BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN im Gemeinderat Leonberg

Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltsplanentwurf für 2024

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Fraktion

„Unser Wachstumsziel heißt mehr Lebensqualität in der Stadt“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Dieser Haushalt steht bei uns unter dem Motto der **3 L – nämlich Lebensqualität, Leitbild, Leonberg**. Die finanzielle Situation im Haushaltsentwurf für 2024 sieht auf den ersten Blick gut aus, auf den zweiten Blick ist zu erkennen, dass wir zwar eine sehr gute Ertragslage durch hohe Steuereinnahmen haben, aber trotzdem keinen Überschuss im Ergebnishaushalt erwirtschaften. Und damit auch keine Nettoinvestitionsrate erwirtschaften können. Den Haushalts-Ausgleich schaffen wir im Jahr 2024 nur, indem zum einen eine 10%ige Kürzung der Ansätze bei den Sach- und Dienstleistungen vorgenommen wurde und wir auf Rücklagen zurückgreifen. Der Schuldenstand hat sich auf 57 Mio reduziert, steigt aber in den Folgejahren erheblich an, auf 134 Mio im Jahr 2027.

In den letzten zwei Jahren gab es mehrere Klausurtagungen zu den Themen Finanzen und zur Stadtentwicklung.

Es gibt daraus so gut wie keine Ergebnisse, lediglich die Begrenzung auf ein realistisches Investitionsvolumen von 25 Mio im Jahr 2023 wurde beschlossen. Mehr kann derzeit von der Verwaltung sowieso nicht umgesetzt werden und mit höherem Volumen wären die Haushalte wohl kaum genehmigungsfähig.

Aber grundlegende Fragen wie:

- soll die Stadt noch wachsen und wenn ja: Wie viel Wachstum wollen wir oder können wir verkraften?
- Wie schaffen wir die Rahmenbedingungen und die notwendige Infrastruktur?

- Ist das finanziell leistbar?
- Welche positiven und negativen Effekte sind zu erwarten?
- Wie setzen wir den Klimaschutz vor Ort um?

wurden in den Klausur- und Strategietagungen nicht beantwortet. Die Ergebnisse verschwinden in der Schublade, obwohl Gegenteiliges vereinbart wurde.

Es fehlt also nach wie vor ein Leitbild. Es gibt dazu keine Diskussionen und deshalb auch keinen Konsens darüber, wohin sich Leonberg entwickeln soll, welche Prioritäten gesetzt werden sollen auch im Hinblick auf die finanzielle Situation. Dies muss endlich angegangen werden. Die Lähmung in vielen Bereichen muss überwunden werden.

Ziel muss eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt sein, in der Umwelt- und Klimaschutz berücksichtigt werden, in der die Menschen gerne leben und arbeiten, eine gute Aufenthalts- und Lebensqualität herrscht, die notwendige Infrastruktur zur Verfügung steht und auch für Firmen ein gutes und attraktives Umfeld vorhanden ist.

Auch dieses Jahr hat auf erschreckende Weise gezeigt, dass die Klimaveränderung keine Erfindung ist, sondern längst real angekommen. Die menschengemachte Klimakatastrophe ist eine der größten Bedrohungen, der Temperaturanstieg (auch bei uns) längst wissenschaftlich belegt. Auf kommunaler Ebene können und müssen wir die uns zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, wir sind nicht machtlos! Wir können und müssen unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten, z.B. durch Energieeinsparungen, durch Gebäudesanierungen, der Förderung des Umstiegs auf nachhaltige Verkehrsmittel, Berücksichtigung des Klimaschutzes bei der Stadtentwicklung. Die Bürger*innen und auch die Firmen brauchen Unterstützung beim Umstieg auf erneuerbare Energien – übrigens haben sich dies etliche Firmen in der Unternehmensbefragung unserer Wirtschaftsförderung gewünscht. Dies sind nur einige Beispiele, es wurde in den letzten Jahren davon viel zu wenig umgesetzt. Aber: Wir sind hier als Gemeinderat und Stadtverwaltung gemeinsam in der Verantwortung, viele Städte sind hier schon weiter als wir. Wir müssen endlich den Klimaschutz in allen Entscheidungen mitdenken.

Wir könnten viele Teile der Haushaltsrede vom letzten Jahr wiederholen, zum Beispiel beim Klimaschutzkonzept, da ist trotz Beschlusses des Gemeinderates und

trotz ständigem Nachhaken von uns Grünen und Versprechungen der Stadtverwaltung in 2023 nichts passiert. Wir stellen dazu erneut einen Antrag, dazu später mehr.

Weitere Anträge stellen wir zu folgenden Themen:

- die Einrichtung von E-Ladestationen
- die Erstellung eines Hitzeaktionsplans
- die Gestaltung des Straßenraums Poststraße / Bosch
- die erneute Veranschlagung der Planungskosten für den Parkplatz Bruckenhofstraße – Geesgarten
- die Prüfung eines On-Demand Angebots VVS – Rider

Ein herausforderndes Thema für die Kommunen ist die Flüchtlingsunterbringung. Geschlossen und einstimmig hat sich der Gemeinderat aufgrund der (bekannten) Historie des Gebäudes Ostertagstraße 44 – ehemaliges Senior*innenheim - gegen die Pläne des Landkreises ausgesprochen, dieses für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen.

Gemeinderat und Stadtverwaltung haben signalisiert, den Landkreis bei der Suche nach anderen Unterbringungsmöglichkeiten zu unterstützen. Eine Überlegung ist die Nutzung des Teils des Bosch-Geländes, bei dem die Bauarbeiten leider eingestellt wurden. Wir finden dies natürlich v.a. für die Belegschaft sehr bedauerlich. Aber nachdem dies unumkehrbar scheint, könnte die Fa. Bosch zusammen mit dem Landkreis das Gelände einer sinnvollen Nutzung zur Unterbringung von Flüchtlingen zuführen, bevor es weiter eine Baugrube bleibt oder brach liegt.

Eine weitere kurzfristig verfügbare Alternative ist die Nutzung des Hotel Amber. Hier laufen derzeit die Absprachen mit dem Landkreis.

Ich möchte nun zum Thema Personal kommen.

Die Stadtverwaltung hat in etlichen Bereichen Stellenerhöhungen vorgeschlagen, um die zunehmenden Aufgaben zu bewältigen. Wir teilen nicht die Ansicht anderer Fraktionen, dass zunächst die freien Stellen besetzt werden müssen, bevor neue geschaffen werden. Natürlich müssen diese freien Stellen besetzt werden. Aber wenn es der Arbeitsaufwand erfordert, müssen auch neue Stellen geschaffen werden. In vielen Bereichen merken die Bürger*innen, dass die Serviceleistungen der Stadt für sie nicht mehr oder nur mit hohen Wartezeiten abgerufen werden können. Dies ist

kein akzeptabler Zustand und wir alle haben die Verantwortung die Erfüllung der Aufgaben zu gewährleisten. Die Stellen sind am Arbeitsaufwand zu messen und nicht an den Wünschen einzelner Fraktionen. Die Arbeitsfähigkeit der Stadt als Dienstleister muss aufrechterhalten werden.

Stadtentwicklung

Reihenweise werden landauf und landab begonnene oder in Planung befindliche Projekte eingestampft oder doch zumindest deutlich reduziert. Während noch 2020 die langfristigen Zinssätze für Immobilienkäufe bei rund 1 Prozent lagen, so sind sie aktuell schon bei 4 Prozent, also einer Vervierfachung. Dabei hat Bundeskanzler Olaf Scholz durchaus Recht, wenn er betont, die momentane Situation auf dem Immobilienmarkt sei nicht nur durch das Zinsniveau geprägt, das war in der Vergangenheit auch schon deutlich höher. Mit dem Unterschied, wie es die Stuttgarter Zeitung neu-lich trefflich formulierte, „...die Lage in den 70er und 80er Jahren war in vieler Hinsicht eine andere. Zurzeit herrschen Konjunkturfaute und Trübsal. Die Menschen stehen unter dem Eindruck von Kriegen, Krisen und Kaufkraftverlusten.“ Also eine Lage, die wenig motiviert, auf den Immobilienmarkt zu setzen, weder für den klassischen Häus-lesbauer noch für die Investoren, zumal Energie- und Baupreise nur die Richtung nach oben kennen.

Und wie betrifft dies Leonberg? Und wie kann die Kommunalpolitik darauf reagieren? Zunächst muss die Leitplanke gelten, dass in jedem Neubaugebiet 25% bezahlbarer Wohnraum realisiert wird. Das hört sich erstmal trivial an, ist aber angesichts der aktuellen Tendenz, kleinere Wohnungen mit gemeinsamen Funktionsflächen als sogenannte Clusterwohnen anzubieten, schon eine Herausforderung. Das Ziel bezahlbarer Wohnraum sollte ja nicht durch Abstriche an der Wohn- und Lebensraumqualität erreicht werden.

Zweitens, und dies ist mindestens genauso wichtig. Der Ausverkauf der Stadt an private Investoren muss beendet werden. Die vorgesehenen Baugebiete auf dem alten Postareal oder in abgeschwächter Form auch am Stadtpark an der Berliner Straße sind dabei aktuelle Beispiele. Nicht die Stadt und der Gemeinderat sind Herr des Verfahrens, sondern die Investoren drücken ihre Interessen rücksichtslos durch. Vereinbarungen werden nicht unterschrieben, Aufgaben der Investoren wie den Abriss der alten Gebäude der Stadt auferlegt, Planungsgrundsätze werden über Bord geworfen,

indem man nachbarrechtliche Abstände ignorieren kann und „Sondergebiete“ definiert.

Kurz: Wir müssen zurück in eine städtische Planungskultur, die mehr Eigeninitiative im Blick hat. Durchaus mit Fokus auch auf eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Beispiele in unseren Nachbarstädten gibt es genügend.

Unsere bekannte Kritik an den beiden Entwicklungsflächen „Unterer Schützenrain“ und „Hinter den Gärten“ in Warmbronn wollen wir hier nur noch zu Protokoll geben.

Ein fehlendes Leitbild für die Stadtentwicklung als Grundlage für eine qualifizierte und tragfähige Priorisierung der Maßnahmen im Haushalt wurde schon angesprochen. Die Fortschreibung des Flächennutzungsplans wurde zwar angekündigt, ist bisher aber noch nicht angegangen worden. Dabei wäre es dringend notwendig, den jahrzehntealten Plan in die Neuzeit zu überführen. Aus unserer Sicht der Fraktion Grüne ganz klar unter der Maßgabe: „unser Wachstumsziel heißt mehr Lebensqualität für die Stadt.“

Wo stehen wir im Klimaschutz und in der Energieversorgung

Wir fordern schon seit Jahren einen Klimavorbehalt, also einen Check bei jeder Maßnahme, ob es nicht klimaverträglichere Alternativen gibt. Dann hat dieser Gemeinderat auf Vorschlag der Verwaltung im Juni 2021 eine weltweite **KLIMANOT-LAGE** ausgerufen. Es ist gekommen, was kommen musste, wenn man solch große Erwartungshaltungen weckt. Es ist schlicht nichts passiert. Selbst die neu beschlossenen Stellen des Klima- und Energiemanagers werden zum Neujahr vakant, da die Stelleninhaber wohl hier keine Zukunft sehen.

Das lange im Raum stehende Klimaschutzkonzept soll nun an ein externes Büro vergeben werden. Wir möchten hier einen zusätzlichen Sachverstand durch einen Bürgerrat einbringen und hoffen auch auf die Unterstützung der CDU-Fraktion, die diesen Gedanken auch schon aufgegriffen hatte.

Im Umweltbereich wollen wir den schon im letzten Jahr beschlossenen Hitzeaktionsplan erneut aufgreifen. Stichwort „Schwammstadt“, die Fortsetzung unseres Programms „500 städtische Bäume“. Keinesfalls im Leobad die prägenden Lindenbäume aus Arbeitserleichterungsgründen fällen.

Die Verstetigung des Ausbaus der Photovoltaikanlagen halten wir für den richtigen Weg. Nur das große PV-Projekt auf der Sammelkläranlage Mittleres Glemstal kommt nicht voran. Warum, fragen wir uns.

Den Suchraum für mögliche Windkraftanlagen haben wir schon seit längerer Zeit definiert. Ich halte eine interkommunale Zusammenarbeit mit Bürgerbeteiligungsformen für sinnvoll.

Mobilität und die Stadt für morgen

Leonberg ist städtebaulich dem Autoverkehr untergeordnet. Es braucht dringend eine Neuverteilung des Straßenraums zugunsten von Fußgängern und Radfahrern.

Unsere Nachbarkommunen Renningen und Rutesheim haben zusammen mit dem Landkreis den Einstieg in ein On-Demand-Fahrzeug für den ÖPNV beschlossen. Diese flexiblen Fahrzeuge sind als Ergänzung mit Vorausbuchung eine sinnvolle Erweiterung auch für Leonberg.

Erinnert sich noch jemand an den Verkehrsversuch in der Eltinger- und Brennerstraße? Ja lange ist es her, dass man hier einen Feldversuch für eine getrennte Fahrspur für Rad und Bus durchgeführt hat. Mit dem Ergebnis: Es funktioniert auch mit weniger Raum für Autos und LKWs. Was wir brauchen, sind aber schnellere Umsetzungen solcher Erkenntnisse, sonst bleiben diese einfach in der Schublade liegen, wie so vieles.

Der fehlende Radweg an der ehemaligen B295 Richtung Ditzingen birgt nicht nur ein erhebliches Unfallrisiko. Es ist auch unseren Nachbarstädten nicht vermittelbar, warum dieser Lückenschluss in Leonberg nicht umgesetzt wird. Wir möchten eine schnellstmögliche Realisierung und, wo von Seiten der Grundstückseigentümer die Mitwirkungsbereitschaft fehlt, auch eine reduzierte Fahrbahnbreite.

Mit Sorge sehen wir die Entwicklung des Leo-Centers. Der gravierende Wandel im Einzelhandel bedroht die Existenz des Ankermieters Galeria-Kaufhof. Bisher fehlt ein Konzept, wie wir mit diesem städtischen Innenraum umgehen wollen. Nach 50 Jahren Leo-Center wird es Zeit, in eine Planung einzusteigen.

Wir befürworten einen **autofreien Marktplatz**, der die Qualität des historischen Marktplatzes enorm aufwertet.

Zum Krankenhaus Leonberg und zum Rettungshubschrauber Christoph 41 bleibt unsere Position, wie sie schon war. Geburtshilfe und tragfähige Einrichtungen müssen den langfristigen Bestand des Krankenhauses garantieren. Zu diesen Eckpfeilern zählt auch der Rettungshubschrauber.

Was bleibt als Fazit für den Haushalt 2024. Eine sehr gute Einnahmesituation, eine deutliche Handschrift unserer Noch-Kämmerin Frau Gräter und die träge Investitionsumsetzung geplanter Projekte im Baubereich machen diesen Haushalt genehmigungsfähig. Allerdings verbunden mit einer mittelfristigen Aussicht, die alles andere als rosig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Dank für die Aufstellung dieses umfangreichen Haushaltsentwurfes gilt der Verwaltung allgemein, insbesondere aber der Kämmerei.

Wir freuen uns auf konstruktive und gute Gespräche in den Haushaltsberatungen.

Leonberg, den 6. November 2023

Birgit Widmaier, Bernd Murschel für die Fraktion Grüne

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Sebastian Werbke
Antrag/Betreff	Bürgerrat Klimaschutz
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input checked="" type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input checked="" type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>20.000</u> _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Dieser Betrag wird aus dem Posten „Beauftragung eines Ingenieurbüros zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes“ (72.000 €; TH06-PB56-5610, S. 273) gedeckt.
Laufzeit des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/Begründung	<p>Mit der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes begibt sich die Stadt nun auf den Weg, der schon lange mit der „Anerkennung einer weltweiten Klimanotlage“, dem Bekenntnis zu einem Klimavorbehalt in städtischen Drucksachen und der Schaffung der Position eines städtischen Klimaschutzmanagers vorbereitet wurde.</p> <p>Um für ein externes Fachbüro eine qualitativ gute, örtlich erarbeitete Grundlage zu erstellen ist ein Bürgerrat Klimaschutz ein geeignetes Gremium, wie sich aus vergleichbaren Projekten in anderen Kommunen aber auch Ländern in der Vergangenheit gezeigt hat.</p> <p>Zufällig ausgewählte Teilnehmende bilden das Spektrum der Bevölkerung ab. Durch die Einbeziehung der Bevölkerung ist zu erwarten, dass resultierende Maßnahmen auf eine größere Akzeptanz der Einwohner:innen treffen.</p> <p>Alternativen: Ein externes Ingenieurbüro muss sich zu Beginn seiner Arbeit mit großem Aufwand in die örtlichen Gegebenheiten einarbeiten. Hierdurch entsteht ein Zeitverlust und höherer und höherer Kostenaufwand.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Fraktion

**Stadt
Leonberg**



November 23

Bürgerrat Klimaschutz

Dieser Betrag vom 20.000,00 € wird aus dem Posten „Beauftragung eines Ingenieurbüros zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes“ (72.000 €; TH06-PB56-5610, S. 273) gedeckt.

Mit der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes begibt sich die Stadt nun auf den Weg, der schon lange mit der „Anerkennung einer weltweiten Klimanotlage“, dem Bekenntnis zu einem Klimavorbehalt in städtischen Drucksachen und der Schaffung der Position eines städtischen Klimaschutzmanagers vorbereitet wurde.

Um für ein externes Fachbüro eine qualitativ gute, örtlich erarbeitete Grundlage zu erstellen ist ein Bürgerrat Klimaschutz ein geeignetes Gremium, wie sich aus vergleichbaren Projekten in anderen Kommunen aber auch Ländern in der Vergangenheit gezeigt hat.

Zufällig ausgewählte Teilnehmende bilden das Spektrum der Bevölkerung ab. Durch die Einbeziehung der Bevölkerung ist zu erwarten, dass resultierende Maßnahmen auf eine größere Akzeptanz der Einwohner:innen treffen.

Alternativen:

Ein externes Ingenieurbüro muss sich zu Beginn seiner Arbeit mit großem Aufwand in die örtlichen Gegebenheiten einarbeiten. Hierdurch entsteht ein Zeitverlust und höherer Kostenaufwand.

Sebastian Werkbe

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Gudrun Sach
Antrag/Betreff	Planung „Geesgarten“ an der Bruckenbachstraße wird in Abstimmung mit dem BV Eltingen und den Vorschlägen des Büros Gänsl+Hehr konkretisiert und weitergeführt
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input checked="" type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>50.000,00</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Reduzierung der Kosten für den „shared space“/Bosch-Campus (s. Antrag der Grünen) (evtl. Zuschüsse durch Biotop-Verbund-Konzept)
Laufzeit des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/Begründung	<p>Bereits seit Jahrzehnten ist die ansprechende Gestaltung des Schotterplatzes westlich der Sporthalle eine Forderung aus der Bürgerschaft; dieser zentrale Platz soll vielfältig nutzbar sein und die Nähe zur Glems aufwerten. Diese Gestaltung muss so erfolgen, dass die Hochwassergefahr eher vermindert als erhöht wird.</p> <p>Elemente sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neugestaltung des Parkplatzes, Uferausweitung der Glems • mit Sitzmöglichkeiten und Spielplatz zum Thema Auenwald • die Altglascontainer sind an den(künftig nahen) Wertstoffhof zu verlegen

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Fraktion

Stadt
Leonberg



November 23

Planung „Geesgarten“ an der Bruckenbachstraße wird in Abstimmung mit dem BV Eltingen und den Vorschlägen des Büros Gänsle+Hehr konkretisiert und weitergeführt.

Reduzierung der Kosten um 500.000,00 € für den „shared space“/Bosch-Campus (s. Antrag der Grünen) (evtl. Zuschüsse durch Biotop-Verbund-Konzept)

Bereits seit Jahrzehnten ist die ansprechende Gestaltung des Schotterplatzes westlich der Sporthalle eine Forderung aus der Bürgerschaft; dieser zentrale Platz soll vielfältig nutzbar sein und die Nähe zur Glems aufwerten. Diese Gestaltung muss so erfolgen, dass die Hochwassergefahr eher vermindert als erhöht wird.

Elemente sind:

- Neugestaltung des Parkplatzes, Uferausweitung der Glems
- mit Sitzmöglichkeiten und Spielplatz zum Thema Auenwald
- die Altglascontainer sind an den (künftig nahen) Wertstoffhof zu verlegen

Gudrun Sach

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Sebastian Werbke
Antrag/Betreff	Hitzeaktionsplan ; Fokus auf die Gesundheit der Bevölkerung
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input checked="" type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Dieser Betrag wird aus dem Posten „Bedarfvorhaltung im Katastrophenfall...“ (270.000 €; TH02-PB12-1280, S. 160) gedeckt
Laufzeit des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen wurde bereits beantragt, einen Hitzeaktionsplan zu erstellen. (Antrag Grüne 06, 2022/23)</p> <p>Hierzu gab es Stellungnahmen vom Referat für Klimaschutz und dem Referat Feuerwehr und Bevölkerungsschutz. Auf Nachfrage im Sommer wurde auf einzelne kleinteilige Aktionen verwiesen. Für einen übergreifenden Aktionsplan müsste aber bspw. die Stadtplanung mit einbezogen werden. Außerdem wäre kein Budget für einen Hitzeaktionsplan beantragt worden.</p> <p>Da sich der Klimawandel nicht mit Budgetfragen beschäftigt ist es von Jahr zu Jahr dringender, ein kommunales Konzept zur Prävention der Hitzefolgen in der Stadt zu haben.</p> <p>Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, dass mit externer Moderation die relevanten örtlichen Expert:innen im Bereich Gesundheit, Pflege und Versorgung an einem runden Tisch ein Konzept zum Schutz besonders der gegenüber Hitze besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen auf den Weg bringen.</p> <p>Mögliche Teilnehmer:innen an einem solchen runden Tisch könnten sein: Ortsärzteschaft, Krankenhaus Leonberg, Anbieter stat. Pflege (z.B. Samariterstiftung) und amb. Pflege (z.B. Sozialstation), Apotheker:innen, geschäftsführende Schulleitung, Stadtseniorenrat, zuständige städt. Referate (s.o.) ...</p> <p>Alternativen:</p>

	Keine, wenn man den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung ernst nimmt.
--	--

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Fraktion

**Stadt
Leonberg**



November 23

Hitzeaktionsplan ; Fokus auf die Gesundheit der Bevölkerung

Dieser Betrag wird aus dem Posten „Bedarfvorhaltung im Katastrophenfall...“ (270.000 €; TH02-PB12-1280, S. 160) gedeckt.

Im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen wurde bereits beantragt, einen Hitzeaktionsplan zu erstellen. (Antrag Grüne 06, 2022/23)

Hierzu gab es Stellungnahmen vom Referat für Klimaschutz und dem Referat Feuerwehr und Bevölkerungsschutz. Auf Nachfrage im Sommer wurde auf einzelne kleinteilige Aktionen verwiesen. Für einen übergreifenden Aktionsplan müsste aber bspw. die Stadtplanung mit einbezogen werden. Außerdem wäre kein Budget für einen Hitzeaktionsplan beantragt worden.

Da sich der Klimawandel nicht mit Budgetfragen beschäftigt ist es von Jahr zu Jahr dringender, ein kommunales Konzept zur Prävention der Hitzefolgen in der Stadt zu haben.

Wir halten es deshalb für dringend erforderlich, dass mit externer Moderation die relevanten örtlichen Expert:innen im Bereich Gesundheit, Pflege und Versorgung an einem runden Tisch ein Konzept zum Schutz besonders der gegenüber Hitze besonders vulnerablen Bevölkerungsgruppen auf den Weg bringen.

Mögliche Teilnehmer:innen an einem solchen runden Tisch könnten sein: Ortsärzteschaft, Krankenhaus Leonberg, Anbieter stat. Pflege (z.B. Samariterstiftung) und amb. Pflege (z.B. Sozialstation), Apotheker:innen, geschäftsführende Schulleitung, Stadtseniorenrat, zuständige städt. Referate (s.o.) ...

Alternativen:

Keine, wenn man den gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung ernst nimmt.

Sebastian Werbke

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Prof. Ronald Ziegler
Antrag/Betreff	Einrichtung einer angemessenen Anzahl von Schnellladesäulen durch Drittanbieter
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input checked="" type="checkbox"/> Reduzierung im <input checked="" type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input checked="" type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>10.000,00</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input checked="" type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis <u>2035</u>)
Hintergründe/Begründung	<p>Der Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur im urbanen Raum ist für die Akzeptanz der Elektromobilität ein wesentlicher Beitrag. Die Stadt Leonberg hat bisher lediglich an fünf Standorten Ladesäulen mit je zweimal 22 kW im öffentlichen Raum. Eine weitere Ladesäule soll im Jahr 2024 nach dem Beschluss des Gemeinderats vom 13.6.2023, Drucksache 2023/192, hinzukommen.</p> <p>Die in dieser Drucksache genannten Prognosen können nicht nachvollzogen werden, z. B. hat die EnBW mobility+ für Städte eine Prognose von 30 Schnellladeeinrichtungen pro 100.000 Einwohnern vorgestellt; damit ergäbe sich für Leonberg ein Bedarf von 15 Schnellladeeinrichtungen. In Leonberg sind solche Anlagen bisher nur für Tesla verfügbar.</p> <p>Ebenfalls ist aus dieser Drucksache zu entnehmen, dass die Verwaltung beabsichtigt, in den kommenden Jahren die Ladeinfrastruktur auszubauen, ohne den städtischen Haushalt zu belasten.</p> <p>Anlässlich des Kommunalen-Energietags der EnBW, zu der alle kommunalen Vertreter eingeladen waren, wurde von der EnBW mobility+ solch ein Konzept vorgestellt. Es wäre nur ein potenzieller Anbieter, die Verwaltung könnte sich auch um weitere bemühen.</p>

	<p>Das Modell erfordert keinerlei Mittel der Stadt, es werden sogar finanzielle Rückflüsse erwartet.</p> <p>Die Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen beantragt, dass die Stadtverwaltung baldmöglichst mit den Anbietern, vorzugsweise mit der EnBW mobility+, die Stadtwerke Leonberg sind zu 51% im Besitz der EnBW, Gespräche zur Verbesserung der urbanen Ladeinfrastruktur in Leonberg aufnimmt.</p>
--	--

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Fraktion

**Stadt
Leonberg**



November 23

Einrichtung einer angemessenen Zahl von Schnellladesäulen durch Drittanbieter

Der Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur im urbanen Raum ist für die Akzeptanz der Elektromobilität ein wesentlicher Beitrag.

Die Stadt Leonberg hat bisher lediglich an fünf Standorten Ladesäulen mit je zweimal 22 kW im öffentlichen Raum. Als Vergleich sind in Ludwigsburg bereits 60 Ladepunkte realisiert. Eine weitere Ladesäule soll im Jahr 2024 nach dem Beschluss des Gemeinderats vom 13.6.2023, Drucksache 2023/192, hinzukommen.

Die in dieser Drucksache genannten Prognosen können nicht nachvollzogen werden, z. B. hat die EnBW mobility+ für Städte eine Prognose von 30 Schnellladeeinrichtungen pro 100.000 Einwohnern vorgestellt; damit ergäbe sich für Leonberg ein Bedarf von 15 Schnellladeeinrichtungen. In Leonberg sind solche Anlagen bisher nur für Tesla verfügbar.

Ebenfalls ist aus dieser Drucksache zu entnehmen, dass die Verwaltung beabsichtigt, in den kommenden Jahren die Ladeinfrastruktur auszubauen, ohne den städtischen Haushalt zu belasten.

Anlässlich des Kommunalen-Energietags der EnBW, zu der alle kommunalen Vertreter eingeladen waren, wurde von der EnBW mobility+ solch ein Konzept vorgestellt. Es wäre nur ein potenzieller Anbieter, die Verwaltung könnte sich auch um weitere bemühen.

Das Modell erfordert keinerlei Mittel der Stadt, es werden sogar finanzielle Rückflüsse erwartet.

Die Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen beantragt, dass die Stadtverwaltung baldmöglichst mit den Anbietern, vorzugsweise mit der EnBW mobility+, die Stadtwerke Leonberg sind zu 51% im Besitz der EnBW, Gespräche zur Verbesserung der urbanen Ladeinfrastruktur in Leonberg aufnimmt.

Prof. Ronald Ziegler

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Gudrun Sach
Antrag/Betreff	Reduzierung shared space in der Poststraße
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input checked="" type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input checked="" type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>500.000,00</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Reduzierung vorhergesehener Mittel um 500.000,00 € allerdings auch Reduzierung von Zuschüssen
Laufzeit des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Die Straßenraumgestaltung Bosch-Campus/ Shared space wird deutlich reduziert, da es keine Voraussetzungen für einen lebhaften Fußgängerverkehr über die Straße mehr gibt.</p> <p>Begründung: Die Straßenraumplanung für den Bosch-Campus, die einen Shared space vorsieht, muss grundlegend neu überdacht werden, da Bosch auf absehbare Zeit nicht westlich der Poststraße bauen wird und damit auch kein nennenswerter Fußgängerverkehr über die Straße zu erwarten ist. Der bereits bestehende LKW-Verkehr dagegen wird weiter fahren. Deshalb ist es sinnvoll, lediglich einen beidseitigen Radfahrstreifen anzulegen, von den Fußgängern getrennt. Obwohl damit auch Fördermittel gestrichen werden könnten, ergibt sich für den Etat eine deutliche Einsparung.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Fraktion

**Stadt
Leonberg**



November 23

Reduzierung shared space in der Poststraße

Reduzierung vorhergesehener Mittel um 500.000,00 € allerdings auch Reduzierung von Zuschüssen

Die Straßenraumgestaltung Bosch-Campus/ Shared space wird deutlich reduziert, da es keine Voraussetzungen für einen lebhaften Fußgängerverkehr über die Straße mehr gibt.

Begründung:

Die Straßenraumplanung für den Bosch-Campus, die einen Shared space vorsieht, muss grundlegend neu überdacht werden, da Bosch auf absehbare Zeit nicht westlich der Post-Straße bauen wird und damit auch kein nennenswerter Fußgängerverkehr über die Straße zu erwarten ist. Der bereits bestehende LKW-Verkehr dagegen wird weiter fahren. Deshalb ist es sinnvoll, lediglich einen beidseitigen Radfahrstreifen anzulegen, von den Fußgängern getrennt. Obwohl damit auch Fördermittel gestrichen werden könnten, ergibt sich für den Etat eine deutliche Einsparung.

Gudrun Sach

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Prof. Ronald Ziegler
Antrag/Betreff	Einrichtung eines OnDemand-Pilotprojekts VVS Rider für Leonberg“
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input checked="" type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>20.000,00</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>"Mit dem Ziel landesweite Standards sowie einen verlässlichen Nah- und Regionalverkehr zu schaffen, unterstützt das Zukunftsnetzwerk ÖPNV des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg mit Beratungs- und Informationsangeboten, beim Wissenstransfer, der Fördermittelsuche sowie der Erarbeitung einheitlicher Standards."</p> <p>"Nachdem dieses Jahr der erste VVS-Rider (Bus auf Abruf) in Leinfelden-Echterdingen an den Start gegangen ist, folgen zum Ende des Jahres 2023 zwei weitere: Einer im Mittelbereich Geislingen und einer in Rutesheim und Renningen. Ohne festen Fahrplan bringt er Fahrgäste auf Abruf an ihr Ziel. Als innovatives On-Demand-Angebot ergänzt der VVS-Rider den bestehenden klassischen ÖPNV im VVS. Der VVS-Rider ermöglicht es, ohne festgelegten Fahrplan und ohne lange Wege zur Haltestelle bequem und sicher von A nach B zu kommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der VVS-Rider wird über die kostenlose VVS-Rider-App oder alternativ telefonisch angefordert. • Der Kleinbus sammelt alle Fahrgäste ein, die eine ähnliche Fahrtroute haben. Das vermeidet Verkehr, spart Ressourcen und ist somit gut für das Klima. • In allen VVS-Rider gelten VVS-Tickets. Der Preis richtet sich nach den befahrenen Tarifzonen." <p>Beim sogenannten „VVS-Rider“ übernimmt der Landkreis Böblingen 50%, Rutesheim und Renningen je 25% der Kosten.</p>

	<p>Das Pilotprojekt ist zunächst bis Ende 2025 angelegt. In diesem Zeitraum sollen die Fahrgastzahlen regelmäßig evaluiert werden. Dieses Projekt läuft bisher ohne Leonberger Beteiligung, obwohl das IMAX in Leonberg als „Point of Interest“ in die Haltestellen aufgenommen wurde.</p> <p>Der VVS-Rider fährt ohne „Komfortzuschlag“, weil er nicht buchbar ist wenn es zeitnah ein anderes Angebot im ÖPNV gibt.</p> <p>Der SSB Flex fährt mit „Komfortzuschlag“, weil das Angebot zusätzlich zum ÖPNV existiert.</p> <p>Die Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen beantragt zu prüfen, ob eine Beteiligung am Pilotprojekt von Rutesheim/Renningen für 2024 und 2025 noch möglich ist.</p> <p>Hier wäre eine Erweiterung der virtuellen Haltepunkte für Gebersheim, Höfingen, das Haldengebiet und die Altstadt erstrebenswert.</p> <p>Falls eine Beteiligung nicht möglich ist, wird beantragt ein eigenes OnDemand-Pilotprojekt zu starten.</p> <p>Texte in"" aus: https://www.zukunftsnetzwerk-oepnv.de/kontakt, Zugriff am 05.11.2023 19:26 https://www.vvs.de/vvsrider Zugriff am 05.11.2023 19:28</p>
--	---

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Fraktion

Stadt
Leonberg

November 23

Antrag auf Einrichtung eines OnDemand-Pilotprojekts „VVS Rider für Leonberg“

„Mit dem Ziel landesweite Standards sowie einen verlässlichen Nah- und Regionalverkehr zu schaffen, unterstützt das Zukunftsnetzwerk ÖPNV des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg mit Beratungs- und Informationsangeboten, beim Wissenstransfer, der Fördermittelsuche sowie der Erarbeitung einheitlicher Standards.“¹

„Nachdem dieses Jahr der erste VVS-Rider (Bus auf Abruf) in Leinfelden-Echterdingen an den Start gegangen ist, folgen zum Ende des Jahres 2023 zwei weitere: Einer im Mittelbereich Geislingen und einer in Rutesheim und Renningen. Ohne festen Fahrplan bringt er Fahrgäste auf Abruf an ihr Ziel. Als innovatives On-Demand-Angebot ergänzt der VVS-Rider den bestehenden klassischen ÖPNV im VVS. Der VVS-Rider ermöglicht es, ohne festgelegten Fahrplan und ohne lange Wege zur Haltestelle bequem und sicher von A nach B zu kommen.

- Der VVS-Rider wird über die kostenlose VVS-Rider-App oder alternativ telefonisch angefordert.
- Der Kleinbus sammelt alle Fahrgäste ein, die eine ähnliche Fahrtroute haben. Das vermeidet Verkehr, spart Ressourcen und ist somit gut für das Klima.
- In allen VVS-Rider gelten VVS-Tickets. Der Preis richtet sich nach den befahrenen Tarifzonen.“²

Beim sogenannten „VVS-Rider“ übernimmt der Landkreis Böblingen 50%, Rutesheim und Renningen je 25% der Kosten.

Das Pilotprojekt ist zunächst bis Ende 2025 angelegt. In diesem Zeitraum sollen die Fahrgastzahlen regelmäßig evaluiert werden.

Dieses Projekt läuft bisher ohne Leonberger Beteiligung, obwohl das IMAX in Leonberg als „Point of Interest“ in die Haltestellen aufgenommen wurde.

Der VVS-Rider fährt **ohne** „Komfortzuschlag“, weil er nicht buchbar ist wenn es zeitnah ein anderes Angebot im ÖPNV gibt.

Der SSB Flex fährt **mit** „Komfortzuschlag“, weil das Angebot zusätzlich zum ÖPNV existiert.

¹ <https://www.zukunftsnetzwerk-oepnv.de/kontakt>, Zugriff am 06.11.2023 08:42

² <https://www.vvs.de/vvsrider> Zugriff am 06.11.2023 08:42

Die Fraktion BÜNDNIS90/Die Grünen beantragt zu prüfen, ob eine Beteiligung am Pilotprojekt von Rutesheim/Renningen für 2024 und 2025 noch möglich ist.

Hier wäre eine Erweiterung der virtuellen Haltepunkte für Gebersheim, Höfingen, das Haldengebiet und die Altstadt erstrebenswert.

Falls eine Beteiligung nicht möglich ist, wird beantragt ein eigenes OnDemand-Pilotprojekt zu starten.

Prof. Ronald Ziegler

-1-

**Kommunalpolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im
Gemeinderat Leonberg für das Jahr 2024**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister
Brenner,

meine Damen und Herren,

eigentlich könnte ich an dieser Stelle ca. 95 % meiner haushaltspolitischen
Erklärung vom letzten Jahr wiederholen. Aber ich möchte Sie nicht allzu sehr
langweilen.

Der vorgelegte Planentwurf ist zwar genehmigungsfähig, wird jedoch
maßgeblich davon beeinflusst, dass geplante Investitionen in der
Vergangenheit nicht umgesetzt wurden und viele in der Verwaltung
vorhandene Stellen nicht besetzt sind. Gerade diese Aspekte haben in der
Vergangenheit dazu geführt, dass die Genehmigungsfähigkeit unserer
Haushalte hergestellt werden konnte. Auch wenn im kommenden Jahr
Neuwahlen stattfinden, sollten wir der Versuchung widerstehen, durch
Wahlgeschenke, beispielsweise in Form von Schaffung zusätzlicher Stellen,
das zukünftige Ehrenamt zu schwächen.

Die Planung macht deutlich, dass wir kein Einnahmeproblem, sondern ein
Ausgabenproblem haben. Würden sämtliche geplante Investitionen im

kommenden Jahr umgesetzt, so würde die Verschuldung um ca. 21 Millionen € steigen, im Finanzplanungszeitraum bis 2027 sich sogar mehr als verdoppeln. Bereits ab dem Jahr 2026 sieht die mittelfristige Finanzplanung die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes als gefährdet.

Bevor jedoch Kritik geübt und schmerzhaft Einsparungen vorgeschlagen werden: zunächst vorneweg ein Lob: Die Steuern werden nicht erhöht - das ist eine faire Unterstützung für alle Leonberger. Ob Mieter oder Vermieter: eine Grundsteuererhöhung würde alle belasten.

Um es klarzustellen: Wir Freien Wähler werden uns dafür einsetzen, dass die anstehende Grundsteuerreform nicht zu einer versteckten Erhöhung des Grundsteueraufkommens führt, sondern die Hebesätze nach Vorliegen der bislang noch ausstehenden Informationen so angepasst werden, dass sich die Steuerrechtsreform aufkommensneutral gestaltet.

Es gilt den Hinweis des Regierungspräsidiums zu berücksichtigen, wonach „die Aufstellung des künftigen Investitionsprogramms an den vorhandenen Kapazitäten auszurichten und dabei die Pflichtaufgaben unter Berücksichtigung der Folgekosten klar zu priorisieren" sind.

Immerhin sind die meisten geplanten Investitionen kreditfinanziert, und das bei derzeit steigenden Zinsen.

Personal

Allein im Bereich der Kernverwaltung sieht der Haushaltsplan eine weitere Stellenmehrung um ca. 20 Vollzeitstellen vor.

Für uns ist nachvollziehbar, dass in einigen Bereichen ein erheblicher zusätzlicher Aufgabenkreis erwachsen ist, z.B. im Bereich der Zuwanderung, so dass an dieser Stelle für uns ein tatsächlicher Bedarf gegeben ist.

Zu bedenken gilt aber, zusätzliche Stellen, sofern sie besetzt werden könnten, wären kostenintensiv, was die künftige Genehmigungsfähigkeit von Haushalten zusätzlich erschweren würde. Zudem wäre es nicht nur mit der Schaffung der Planstellen getan. Es müssten vielmehr auch die räumlichen Ressourcen geschaffen werden, was ebenfalls mit zusätzlichen Kosten verbunden wäre.

In Bereichen, wo beispielsweise in der Vergangenheit Umorganisationen stattgefunden haben, erscheint eine Stellenmehrung für uns weniger nachvollziehbar. Dies betrifft den Bereich des Kulturamtes. Die vakante Stelle des Stadthallenmanagers soll ja wieder besetzt werden. Das Kulturamt muss sich überdies nicht mehr um die ausgegliederten Bäder kümmern, so dass eine Stellenausweitung im Bereich des Kulturamtes von uns nicht mitgetragen wird.

Insbesondere beim Bürgeramt würde eine Stellenmehrung keine Entlastung bringen, da dort unserer Information zufolge aktuell 3 bereits vorhandene Stellen nicht besetzt sind. Hier muss die Devise lauten: Erst die

offenen Stellen besetzen.

Überdies hat auch der Bundesrechnungshof es als "wenig zielführend" bezeichnet, zusätzliche Stellen zu schaffen, wenn viele bestehende Posten unbesetzt sind.

Nachdem sowohl in der freien Wirtschaft, wie auch in den öffentlichen Verwaltungen, beklagt wird, dass offene Stellen nicht besetzt werden können, sollte, um für die Bürger weiterhin eine angemessene Dienstleistung bieten zu können, hier über Umorganisation und den Einsatz von Datenverarbeitung nachgedacht werden. Dies ist zwar kurzfristig mit Mehraufwand verbunden, kann aber bereits mittelfristig zu einer Entspannung beitragen, während der Ausweis von zusätzlichen Stellen im Stellenplan, welche dann möglicherweise nicht besetzt werden, keine Verbesserung, weder für die Mitarbeiter, noch für die Bürgerschaft, bedeutet.

Wie sagte schon der deutsche Unternehmensberater Klaus Höfner:

„Organisationen ab 1000 Leuten können sich sehr gut mit sich selbst beschäftigen. Da stört der Kunde nur.“

Und gerade diesen Effekt gilt es zu vermeiden.

Ein konkretes Beispiel hierzu: Baustelle Berliner Straße betreffend der Erneuerung der Gasleitung.

Frage an einen Mitarbeiter der Verwaltung: „Weswegen wird bei einer Vollsperrung einer Haupteinfahrstraße nicht darauf gedrängt, dass der Bauablauf beschleunigt wird?“

Antwort: „Dies fällt nicht in unsere Zuständigkeit; das ist eine Baustelle der EnBW.“

Die ursprüngliche Koordination von Baustellen im städtischen Straßenbereich wurde vor einigen Jahren noch von 2 Mitarbeitern übernommen. Mittlerweile wurde im Bereich des Oberbürgermeisters mit erheblicher Stellenmehrung das Referat für innovative Mobilität als Querschnittsamt geschaffen, mit der Folge, dass sich niemand in der Verwaltung für die Baustellenkoordination bei Straßensperrungen zuständig fühlt. Das darf so nicht sein!

Die einzelnen Anträge der Fraktion zum Personalwesen entnehmen Sie bitte der Anlage.

Schulen/Kindertageseinrichtungen

Hier sieht der Planansatz für das kommende Jahr mehr als 5 Millionen € vor. Hinsichtlich dieser Positionen werden die von der Verwaltung vorgesehenen baulichen und personellen Maßnahmen sowohl in der Kernstadt, wie auch in sämtlichen Teilorten, von uns mitgetragen. Vor allem für die Grundschule Warmbronn und beim Bildungscampus Ezach besteht dringender Handlungsbedarf.

Stadtumbaugebiet/Brückenschlag

Wir fragen uns: Wie geht es im dortigen Bereich weiter? Bereits im Februar wurde uns mitgeteilt, dass ein städtebaulicher Vertrag mit dem Investor

unmittelbar bevorsteht. Mittlerweile sind weitere 8 Monate vergangen, ohne dass es zum Vertragsschluss gekommen ist. Hat der Investor kein Interesse mehr? Müssen wir uns über Alternativen Gedanken machen?

Der Rat hat die notwendigen Beschlüsse gefasst. Alleine die Umsetzung von Verwaltung und Investor ist bislang nicht erfolgt!

Infrastruktur/Straßenbau/Radwege /ÖPNV

Das von uns bereits seit Jahren geforderte Gesamtkonzept zur Straßenplanung liegt immer noch nicht vor.

Die von uns in den Vorjahren vorgeschlagene Überprüfung einer Nordumfahrung zur Entlastung der Kernstadt und der Teilorte vom Durchgangsverkehr wurde nicht ansatzweise geprüft.

Stattdessen werden jeweils einzelfall- und anlassbezogen Maßnahmen geplant und umgesetzt.

Für die Gemeindestraßen sowie die Stadtentwicklung und städtebauliche Planung sind im Planentwurf ca. 3 Millionen € für das Jahr 2024 eingestellt.

Das ist zu viel.

Die Radwege nach Ditzingen und ans Glemseck werden von der Verwaltung offensichtlich sich selbst überlassen; eine mit anderen Kommunen vergleichbare Beschilderung von ausgewiesenen Radwegen im Wald fehlt.

Bei den Überlegungen bezüglich der Verkehrswege im Rahmen der Stadt für Morgen ist es für uns wichtig, dass Umorganisation und Rückbaumaßnahmen nicht dazu führen, dass Verkehre in die Nebenstraßen verdrängt werden. Einen autofreien Neuköllner Platz können wir uns nicht vorstellen.

Zwar ist die Stadt nicht Eigentümer des Leo Centers: Die Stadt sollte jedoch ein elementares Interesse daran haben, dass dieses in seiner Funktionalität als im Zentrum angesiedeltes Einkaufsgebiet weiterhin gerecht wird.

Wie die aktuellen Probleme im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs zeigen, ist der Betrieb von Buslinien, insbesondere für die Teilorte, nur unzulänglich sichergestellt. Beförderungseingänge für Schüler darf es nicht geben.

Im nächsten Jahr ist nunmehr die Fortschreibung des Flächennutzungsplans in Angriff zu nehmen, so dass der dann neugewählte Gemeinderat Zielvorgaben machen kann, ob, wie und gegebenenfalls wo die Stadt und die zugehörige Infrastruktur wachsen soll, unter Berücksichtigung der Verkehrs-, Lärm- und Luftbelastung. Welche Anforderungen in Bezug auf Kita- und Schulentwicklung erwachsen daraus, und welche Angebote sind für den steigenden Anteil unserer älteren Mitbürger erforderlich?

Die bereits aufgenommene Gewerbegebietsentwicklung in Gebersheim ist fortzuführen. Bezüglich einer Gewerbegebietsentwicklung im Bereich Pfad in Höfingen sind die Planungen aufzunehmen.

Und nun wieder zu einem konkreten Ärgerniss: Vor einigen Jahren wurde der an der östlichen Seite der Gebersheimer Straße verlaufende Gehweg Richtung Rutesheimer Straße herausgerissen, da man diesen angeblich nicht mehr benötigte. Nunmehr wurde dieser aufwendig wieder neu hergestellt. Solche kostenintensiven Fehlleistungen dürfen einfach nicht passieren.

Wohnungsbau

Die Projekte in der Berliner Straße sowie im Unteren Schützenrain sind fortzuführen.

Der Bedarf nach Wohnraum steigt, auch durch die Zuwanderung.

In Anbetracht der kommunalen Pflichtaufgaben, wonach die Kommunen im Rahmen der Unterbringung von Migranten stark gefordert sind, scheint die Umsetzung von bezahlbaren Wohnraum immer unerreichbarer.

Inflation und Baukostensteigerungen tragen hierzu bei.

Wie in der Vergangenheit mehrfach geschehen, beantragen wir, die städtischen Bauplätze am Heckenweg an den Markt zu bringen und insoweit die Planungsgrundlagen zu schaffen. Dies dient der Erzielung außerordentlicher Erträge, um den Anstieg der Verschuldung und die damit einhergehende Zinsbelastung für künftige Generationen abzumildern.

Stadthalle

Auch in 2024 ist wieder einmal die Sanierung vorgesehen. Im Planentwurf

sind 500.000 € hierfür eingestellt. **Unsere Forderung: Nicht immer nur darüber reden, sondern jetzt einfach auch einmal machen!**

Rathäuser

Beim Neubau des Rathauses wurden nur sehr begrenzt Reserveflächen vorgesehen. Es war nicht beabsichtigt, innerhalb der Kernverwaltung zahlreiche zusätzliche Stellen mit zusätzlichem Platzbedarf zu schaffen. Das beengte Raumangebot sollte als Chance gesehen werden: ein teilweises Ermöglichen von mobilem Arbeiten i.V.m. einer Selbstbeschränkung bezüglich Forderungen nach zusätzlichem Personal, so dass wir mit den vorhandenen Räumlichkeiten auskommen.

Bezüglich des Alten Rathauses haben wir bereits letztes Jahr die Vornahme der dringend erforderlichen notwendigen Reparaturarbeiten angemahnt, um die Substanz nicht noch weiter zu beeinträchtigen. Dies gilt unverändert.

Alte Schuhfabrik

Mit Ausnahme der im letzten Jahr erfolgten Abstützungs- und Abdichtungsmaßnahmen zum Erhalt der Standfestigkeit ist hier seitens der Verwaltung nichts geschehen. Wir beantragen die Einstellung der Nutzung des Gebäudes. Weder aus energetischen, noch aus finanziellen Gründen, sind derzeit irgendwelche Investitionen in das Gebäude verantwortbar. Der nächste Gemeinderat möge entscheiden, was mit dieser Immobilie zu

geschehen hat.

Verschiedenes

Wir Freien Wähler unterstützen weiterhin Vereine und die Kirchen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel. Überlegenswert wäre im Bereich der Vereinsförderung, diese bei Investitionen auch abhängig von der Mitgliederzahl, zu unterstützen.

Krankenhaus

Wir haben das Gefühl, daß der Landkreis nahezu nichts unversucht lässt, am Umfang und Bestand des Krankenhauses in Leonberg zu rütteln. Die ständigen Diskussionen schaden bereits als solche dem Krankenhausstandort. Wir bekennen uns klar zu unserem Krankenhaus in Leonberg. Dies umfasst auch die Geburtenabteilung.

Die Diskussion um den Hubschrauberstandort ist abgeflacht. Dies ändert jedoch nichts daran, dass der geplante künftige Standort an der BG- Klinik in Tübingen erst sehr kostenintensiv herzustellen ist und wohl auch aus topographischer/fliegerischer Sicht keinen optimalen Standort darstellt. Wir hoffen, dass die diesbezügliche Entscheidung von der Landespolitik nochmals überdacht wird.

Unterbringung von Flüchtlingen/Migranten

Die derzeitige Situation hat zu einer Überlastung der Kommunen, auch Leonbergs, geführt. Wir bezweifeln, dass die von der Bundesregierung bislang getroffenen Maßnahmen ausreichen, eine Begrenzung der Zuwanderung zu erzielen. Deutschland wird als vorrangiges Migrationsziel gesehen, solange es bei uns wirtschaftliche Anreize zur Migration -konkret: Zahlungen- gibt, die in den angrenzenden Staaten so nicht gewährt werden. Unsere Infrastruktur (Wohnraum, Schulen, Kinderbetreuung, soziale Einrichtungen, medizinische Versorgung) ist zur Aufnahme einer derart unkontrollierten Zuwanderung, deren Ende überdies nicht absehbar ist, auf Dauer nicht gewachsen.

Natürlich stehen wir Freien Wähler zur Erfüllung unserer Aufgaben im Rahmen der Gesetze.

Aber: Sollte die große Politik in diesem Bereich weiterhin untätig bleiben, bedeutet dies auch eine Gefährdung des sozialen Friedens, ganz zu schweigen von der eben aus dieser Situation resultierenden Politikverdrossenheit.

Dies würde noch verstärkt, wenn der Landkreis gegen den Beschluß des Gemeinderates der Stadt Leonberg im ehemaligen Seniorenwohngebäude am Parksee die Unterbringung von Flüchtlingen und Migranten praktizieren würde.

Konkret beantragen wir, daß die Stadtverwaltung für den Fall des nicht-Zustandekommens des städtebaulichen Vertrages mit dem Investor

betreffend des Stadtumbaugebietes, binnen eines Monats mit dem Land in Verhandlungen eintritt. Das Ziel ist dann die Ermöglichung einer Zwischennutzung der im Stadtumbaugebiet liegenden Gebäude (ehemalige Post, Technisches Rathaus, ehemalige Stadtapotheke), ohne dass die durch das Land zugesagte Förderung der Abbruchkosten gefährdet wird. Wenn der Staat den Kommunen derartige Maßnahmen zu Unterbringung von Migranten auferlegt, darf er eben diese Unterbringung nicht dadurch vereiteln, indem er an anderer Stelle zugesagte Unterstützungen streicht.

Meine Damen und Herren,

ich möchte mich bei Ihnen im Namen der Fraktion der Freien Wähler für Ihre Aufmerksamkeit sowie die Zusammenarbeit bedanken. Der Verwaltung, insbesondere der Kämmereiamtsleiterin, Frau Gräter, danke ich für die Erstellung des Planentwurfes. Bitte behalten Sie an Ihrer neuen Stelle die Belange der Kommunen im Auge; Sie wissen ja: Jeder Euro, der den Kommunen als Kreisumlage entzogen wird, fehlt vor Ort an anderer Stelle.

Dr. Axel Röckle, Fraktionsvorsitzender

Anlage zur kommunalpolitischen Erklärung der Freien Wähler zum

Haushalt 2024/Stadt Leonberg:

Zum Personal-/Stellenplan:

- keine zusätzliche Stelle im Kulturamt
- keine zusätzliche Stelle an der Volkshochschule
- Musikschule: Hier wurde innerhalb der letzten 2 Jahre eine zusätzliche Teilzeitstelle geschaffen; derzeit keine weitere Stellenmehrung
- Bürgeramt: erst die 3 offenen Stellen besetzen; in 2024 keine zusätzliche Stelle
- Stadtmuseum: keine zusätzliche Stelle, sondern Höhergruppierung eines Mitarbeiters von EG 2 auf EG 4
- Grundsteuer: Zeitliche Befristung einer zusätzlichen Stelle für 2 Jahre
- IT: Die Entfristung der Stelle wird mitgetragen; eine zusätzliche Stelle (aber nicht 2!)
- Stadtbücherei: Keine zusätzliche Stelle
- Gebäudemanagement: Wenn die Kläranlagen vom Tiefbauamt wegkommen dann muss der bisherige Stelleninhaber auch dorthin wechseln, jedoch keine Stellenmehrung.
- Erstellung einer tabellarischen Übersicht durch die Verwaltung, in der sämtliche seit Dienstantritt des jetzigen Oberbürgermeisters neu geschaffenen Stellen und Höhergruppierungen sowie das jeweilige Dezernat unter Benennung der für die jeweilige Stelle anfallenden aktuellen jährlichen Personalkosten ersichtlich ist, in Verbindung mit einer Auflistung der Entwicklung der tatsächlich in jedem einzelnen Bereich in den Haushaltsjahren 2020 bis 2023 angefallenen externen Beratungskosten.

Sonstiges:

- Priorisierung des künftigen Investitionsprogramms
- Zeitliche Streckung von Bauvorhaben
- Kurzfristiger Abschluss des städtebaulichen Vertrages betreffend Stadtumbaugebiet; falls nicht möglich: Aufnahme von Verhandlungen mit dem Land betreffend Förderunschädlichkeit für künftige Abbruchkosten bei zwischenzeitlicher Nutzung zur Unterbringung von Migranten
- Umfassendes Gesamtkonzept zur Straßenplanung
- Herstellung Radweg nach Ditzingen/Gerlingen
- Kontaktaufnahme mit dem Land zur Wiederherstellung des Radweges in Richtung Glemseck
- Fortschreibung des Flächennutzungsplans
- planungsrechtliche Entwicklung der städtischen Bauplätze am Heckenweg mit dem Ziel der Veräußerung zur Wohnbebauung
- Einstellung der Nutzung der alten Schuhfabrik
- Offenlegung der Verrechnungssätze einer Bauhofstunde zur Prüfung, ob Fremdvergabe oder Eigenleistung wirtschaftlicher
- Anregung: Edith-Stein-Haus: prüfen, ob der Erwerb für die Stadt sinnvoll ist (Kosten-Nutzenrelation, eventuell zur Unterbringung?)
- Information des Gremiums betreffend der Abrechnung von Strom und Wasser für das Strohländle 2022 und 2023
- Spielplatzneubau: Genaue Budgetvorgaben an Fachplaner; künftig keine Überschreitung des gesetzten Kostenrahmens mehr
- keine Veranstaltungen/Messen mehr in der Stadthalle, solange das Dach undicht ist

- Planansätze Ersatzbeschaffungen Bauhof (Seite 52 HH) , Fahrzeug im Bereich der Abwasserbeseitigung (Seite 53) und Beschaffung Müllpressenaufbau/Waldfriedhof (Seite 53) mit Sperrvermerk versehen.
- Welche Konsequenzen ziehen wir aus den bisherigen Fehlplanungen zur Grundschule Warmbronn?
- Änderung des Planansatzes in Höhe von Euro 300.000 für städtische PV-Anlagen: Hierdurch wird die Gefahr der Netzüberlastung verstärkt; daher stattdessen über diesen Betrag für ein Jahr an Bürger und Firmen eine Akkuförderung in Höhe von Euro 300,-- pro Kilowattstunde, max. 5000 € pro Antrag (beispielsweise nach dem Vorbild Stuttgart).
- Zu Seite 114: Abfrage der Gemeinderäte, wer ein neues iPad braucht, alternativ gehen die Gebrauchten an Schulen oder an Kinder, die auf Bürgergeld angewiesen sind.
- Zu Seite 131: Wenn der Wasseransatz für städtische Gebäude um 23 % gekürzt wird, müsste insoweit ebenso das Abwasser entsprechend gekürzt werden
- Seite 137/138 Presse-und Öffentlichkeitsarbeit: Streichen des Planansatzes für den Unterhaltungsaufwand Webauftritt, Zukauf von Dienstleistungen in Höhe von Euro 36.000,--
- Seite 156: Entgelte für Zentrale Werkstätten wurden um 20.000 € vermindert:Überprüfung/ Anpassung der Gebühren für Schlauchwartung und ähnliches von fremden Wehren; Abgleich mit den Kosten anderer Anbieter
- Seite 182: Festival Kulturregion Stuttgart: in 2024 ersatzlos streichen; grundsätzliche Überlegung, was man insoweit künftig macht.
- Seite 191/451 welcher Kostenansatz ist korrekt: Euro 12.600,-- oder 5200,--?
- Seite 222, Schulsozialarbeit: Eine 0,75-Stelle kostet Euro 134.000,00; eine ganze Stelle also über Euro 175.000,00. Das kann nicht sein!
- Seite 257:Reinigungskosten Dritter nicht auf Euro 72.000,-- kürzen, sondern nur auf Euro 90.000
- Seite 273: Austritt aus European Energy Award
- Seite 320: Vorziehen Planungsrate Altes Rathaus auf 2024; Gegenfinanzierungsvorschlag: Seite 368: ein MTW zur Beschaffung erst in 2025 vorsehen.
- Seite 390 Sophie-Scholl-Schule: Festes Dach oder Folie auf Fenster, anstatt anfälligem Sonnensegel
- Seite 527/540: Kostenansatz pro Multifunktionsdrucker auf maximal Euro 600,00 begrenzen
- Seite 602: Stadtgarten: Begrenzung Kostenrahmen von Euro 3,36 Millionen auf Euro 3 Millionen
- Seite 692: Umgestaltung der Poststraße nur im Bereich zwischen Römerstraße und Benzstraße
- Seite 710: Stadt für Morgen: Kürzung des Planansatzes in 2024 von Euro 300.000 auf Euro 150.000, da Anderes wichtiger ist.
- Seite 749: Wehr an der Clausenmühle: nach 2027 ff zurückstellen
- Zusatzantrag: Sanierung See im Stadtpark und Sprudler: hier Euro 250.000 einstellen; Finanzierungsvorschlag durch Einsparung Euro 150.000 Stadt für Morgen und Kosteneinsparung Kürzung Stadtgarten
- Gebersheim: Regen- Fahrgastunterstand im Bereich des Rathauses; Fahrradständer vor der Ortschaftsverwaltung

Haushaltsrede 2024 CDU-Fraktion

Elke Staubach

07.November 2023

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
liebe Gemeinderatskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörerinnen, Zuhörer,
Pressevertreterinnen und Pressevertreter,

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

jede Menge **Baustellen** hier in Leonberg, mit denen wir uns beschäftigen dürfen, sollen, müssen. Und so richtig weiß man gar nicht, wo man da thematisch anfangen soll.

Mit den Pflichtaufgaben!

Das sind zuallerst mal die **Schulen** und **Kindertageseinrichtungen**. Aber wie ist es da bestellt?

Fangen wir mal mit der **Baustelle Schulen** an.

Anbau Grundschule Gebersheim: läuft nach Anlaufschwierigkeiten wohl endlich – der Bebauungsplan musste damals plötzlich noch geändert werden.

Grundschule Höfingen: lange mussten wir immer wieder auf dringend erforderliche Baumaßnahmen wegen Feuchtigkeit und anderem hinweisen. Nun soll endlich die energetische Gebäudesanierung angepackt werden. Hoffen wir, dass damit auch die Kinderkrankheiten auskuriert sind.

Grundschule Warmbronn: eine unendliche Geschichte – leider immer noch. Neubau am jetzigen Standort oder in der Ortsmitte? Sanierung und Aufstockung? Geklärt ist immer noch nichts. Das Einzige, was wir wissen ist, dass der Baumbestand und damit Waldabstand Probleme bereitet und, dass in 2026 ein Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in der Grundschule besteht. An die Umsetzung bis zu diesem Zeitpunkt machen wir viele Fragezeichen.

Fragezeichen gibt es bei uns auch zur Sophie-Scholl-Schule im Ezach. Ja, die Pläne für die Mensa stehen jetzt, ebenso das Thema KiTa-Neubau. Aber der Bebauungsplan wurde jetzt nach Einwänden von Bürgern so geändert, dass das Thema Turnhalle oder auch Wohnbebauung aktuell außen vor ist. Die Verwaltung wird aber nicht bestreiten, dass eine Turnhalle in naher Zukunft von Nöten ist, da die Schülerzahl an der Mörikeschule steigen wird und damit die Kinder aus der Sophie-Scholl-Schule diese Turnhalle werden nicht mehr nutzen können. Wir wissen auch, dass auch Vereine, auch Sportvereine dringend nach Flächen Ausschau halten, so dass im Haushalt mittelfristig **Mittel für eine Mehrzweckhalle** nicht nur für eine einfache Turnhalle bereitzustellen sind.

Die Schellingschule und die Gerhart-Hauptmann-Realschule warten schon lange darauf, dass der gemeinsame **Pausenhof** so umgestaltet wird, dass alle Schülerinnen und Schüler hier entsprechend Platz und Aktivitätsmöglichkeiten finden. Die Schülerzahl wächst, der Außenbereich ist suboptimal. Um so unverständlicher für uns, nachdem es auch schon konkrete Pläne gibt, dass im Haushalt 2024 nur Planungskosten eingestellt sind. Und dann? Wir beantragen eine **VE mit 250 TEUR für die Umsetzung im Jahr 2025**.

Und bei der Ostertag-Realschule gehen wir davon aus, dass die Lehrküche nicht wieder einer Streichung zum Opfer fällt. Die aktuelle Küche hat wohl Altertumswert.

Haushaltsrede 2024 CDU-Fraktion

Elke Staubach

Und da wären wir dann auch schon bei der nächsten größeren **Baustelle**, den **KiTa**s.

Die **Interims-Kita Binsengeweg in Warmbronn** kann, auch wenn jetzt erst in Betrieb genommen, nicht dauerhaft betrieben werden. Wohin mit einer dauerhaften Kita? Mit welcher Anzahl von Kindern? Hier ist noch gar nichts in konkreter Planung. Hängt vielleicht auch damit zusammen, was mit einer evtl. Bebauung „Hinter den Gärten“ passiert. Der Außenbereich kann nicht im beschleunigten Verfahren durchgeführt werden. Das hat das Verwaltungsgericht entschieden. Also sind entsprechende Gutachten, Anhörungen etc. erforderlich. Kann dann der angedachte Zeitplan für die geplante Bebauung überhaupt aufrecht erhalten werden? Davon abhängig ist dann wohl auch ein erforderlicher Kita-Bau.

Eine Kindertageseinrichtung ist auch in der **Berliner Straße** und im „**Unteren Schützenrain**“ vorgesehen. Nur, dass für die Berliner Str. eine Planungsrate von 80 TEUR hierfür eingestellt ist und beim Schützenrain findet man dazu NULL! Es gab aber mal einen mehrheitlichen Beschluss, dass man die beiden Gebiete gemeinsam entwickelt. Also **fordern wir auch eine Planungsrate für den Kita-Bau „Unterer Schützenrain“ in Höhe von 80 TEUR als VE** für die Umsetzung dann **im Jahr 2025**. Wobei uns im „Unteren Schützenrain“ noch ein paar Themen umtreiben, auch wenn wir uns als CDU-Fraktion dort immer für eine Bebauung stark gemacht haben.

Und damit wären wir bei der **Baustelle Wohnbau**:

Nach den geballten Fragen von Anwohnern in einer Einwohnerfragestunde und der zugesagten und dann durchgeführten Veranstaltung OHNE Verwaltungsspitze blieben immer noch viele Fragen offen, die eigentlich hätten abgearbeitet sein sollen. Uns beschäftigen diese offenen Punkte auch und daher stellen wir folgende Anträge:

- **Drucksache zu den eingereichten Hinweisen**, Kritikpunkten der **frühzeitigen Beteiligung**. Wir wissen, dass die Verwaltung dies nicht machen muss, aber es gehört eigentlich zum guten Ton, den Räten diese Einreichungen mit Stellungnahmen der Stadtverwaltung so aufzuarbeiten, dass wir alle den gleichen Wissensstand haben. Unter OB Schuler war solch ein Vorgehen selbstverständlich gewesen.
- **Überprüfung des Themas Abwasser**. Hier gibt es wohl aktuell provisorische Abwasserleitungen auf dem schon bestehenden Gelände. Ist dies mit berücksichtigt bei der Abwasserplanung des Gesamtareals?
- **Information über das Verkehrsgutachten von 2021**. Wie wurde dies berücksichtigt? Kannten das die Bewerber des Wettbewerbs? Ist daraus erkennbar, dass die Verkehrsführung so umsetzbar ist oder müsste hier nachjustiert werden?

Sie sehen Fragen über Fragen, die es aufzuarbeiten gilt. Wir stehen immer noch zur möglichen Bebauung, wenn die Fakten dies hergeben. Auch steht ja wohl noch das Thema **Privatfläche** zur Zeit genutzt als **Straßenfläche** im Raum. Auch hierzu fehlen dem Rat die notwendigen **Informationen**.

Und wie geht es weiter im **Postareal**? Außer dass es bei der IBA'27 sowie im Architektenblatt und anderen Fachzeitschriften beworben wird, fehlt immer noch der städtebauliche Vertrag. Man bewirbt etwas, das noch gar nicht unter Dach und Fach ist? Auch hier haben wir leider keine Drucksache zu den Einwänden / Anregungen der frühzeitigen Beteiligung erhalten.

Hoffen wir mal, dass wenigstens die **Berliner Str.** OHNE große Probleme weiterentwickelt wird. Denn Wohngebäude, so ist immer wieder zu lesen, sind in der Region Stuttgart

Haushaltsrede 2024 CDU-Fraktion

Elke Staubach

dringend erforderlich.

Reihenhäuser, Wohnungen könnten wohl auch in der **Lehmgrube** entstehen. Bereits bei Beschluss des FNP 2020 im Jahr 2006 war dieser Bereich für mittelfristig/langfristig ausgewiesen und beschlossen. Passiert ist hierzu bisher nichts, obwohl die Eigentümer des Gebietes bei der Verwaltung wohl schon mal vorstellig wurden. Wir **beantragen** daher, erste Schritte für eine evtl. Bebauung einzuleiten.

Und wo eigentlich hin mit den **Flüchtlingen** bei dieser Wohnungsknappheit? Wobei wir hier bei der nächsten **Baustelle** wären. Ja es tut sich ein wenig in der Eltinger Str.8, dem ehemaligen LKZ-Gebäude und dem Alten Arbeitsamt. Und auch im Ramtel hinter dem Atrio? Das VgV-Verfahren wurde in 2022 beschlossen. Und aktuell? Nix. Und in der Bahnhofstr. 70 waren mal Wohncontainer für ca. 1,4 Mill. EUR im HH 2023 eingestellt. Umsetzung? Nix. Aber die Pläne sind auf Facebook „LEONBERG“ einsehbar. Interessanterweise gab es bereits in 2022 in den Sommerferien eine Sondersitzung zum Thema Flüchtlinge. Da wurden viele Ideen entwickelt, ein Gemeinderat nahm das sogar federführend in die Hand, da die Verwaltungsspitze nicht zugegen war, und was kam dabei heraus? Schubladenarbeit. Manches könnte wohl längst umgesetzt sein, wenn man es denn angepackt hätte. Dann gäbe es jetzt vielleicht auch keine Diskussionen über eine Belegung im ehemaligen Seniorenheim in der Ostertagstr. oder der Umwidmung der Interims-Kita im August-Lämmle-Weg. Lauter so „**Baustellen**“!

Aber vielleicht liegt das ja auch daran, dass wir zu wenig **Personal** – und damit eine weitere **Baustelle** - haben. Es gibt über 100 offene Stellen lt.Rückfrage bei der Verwaltung. Trotzdem hat die Verwaltung einen Katalog an weiteren Stellen eingereicht, die sie neu besetzen möchte. Wir sagen: „erst einmal sollten die Stellen wieder mit Leben gefüllt werden, die im Moment gähnend leer sind.“ Außerdem die Stellen besetzt werden, die schon beschlossen sind sowie die erforderlichen Stellen bei der KiTa-Betreuung auf den Weg bringen. Und damit das alles zügiger und damit effektiver und reibungsloser vonstatten geht, **fordern wir eine Stelle in der Personalabteilung**, die sich nur um die Abläufe rund um das Thema Bewerbung kümmert. Personalgewinnung, Personal halten sind hier die Schlagwörter.

Und wir hätten gerne mal gewusst, was die **Firma ISPA Consult**, deren Projekt ja auf unsere Initiative zurückgeht, mittlerweile auf den Weg gebracht hat. Hier gehen wir von einem **Bericht im 1.Quartal 2024** aus. Vielleicht wird da auch auf eine **Geschäftsführerstelle bei den Stadtwerken** verwiesen, die wir als dringend notwendig erachten. Gerade im Hinblick zu den Themen Kommunale Wärmeplanung, wo soll die Reise für die Stadtwerke, BHKW's, den ÖPNV etc. hingehen? Was bewirken Querverbände?

Und abschließend zum Thema Personal: Dienlich ist mit Sicherheit auch nicht, dass die Verwaltungsspitze aktuell nur aus 2 Personen besteht. Auf 6 Schultern könnte die Arbeit einfacher verteilt werden, wenn man denn auch bereit ist, zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen.

Eine weitere **Baustelle** ist für uns der Erhalt nicht nur kurzfristig sondern langfristig des **Leonberger Krankenhauses**. Wir begrüßen daher, dass die **Geriatric** in Leonberg ein festes Standbein für den Klinikverbund werden soll. Werden wir doch alle älter, was aber dann meist damit einhergeht, dass die gesundheitlichen Probleme zunehmen. Die **Gynäkologie** gehört für uns - ohne Wenn und Aber - zur Grundversorgung und damit weiterhin zwingend an den Standort Leonberg. Zertifizierungen im Bereich

Haushaltsrede 2024 CDU-Fraktion

Elke Staubach

babyfreundliches Krankenhaus, Beckenbodenzentrum sowie der hebammengeführte Kreißsaal sind Aushängeschilder und in dieser Kombination nur 4x in ganz Deutschland zu finden. Der CDU-Stadtverband mit Oliver Zander hatte hier eine Bezuschussung ausschließlich dieser Abteilung durch die Stadt Leonberg ins Spiel gebracht. Dazu stehen wir auch als CDU-Fraktion. Wir fordern hier einen **jährlichen Zuschuss von 200 TEUR ab dem Zeitpunkt der geplanten Schließung** am jetzigen Standort, um die Verlegung der Gynäkologie nach Böblingen abzuwenden. Und wir fragen uns schon, ob bei dem vom SPD-Kreisrat Dr.Wöhler genannten Defizit, wo immer er diesen Betrag auch her hat, berücksichtigt wurde, dass die Hebammen ab 2025 finanziell komplett von der Pflegekasse übernommen werden. Was bleibt dann an angeblichem Defizit noch übrig? Und wir fragen uns auch, warum der OB hier vor Ort nicht für den Erhalt wichtiger Abteilungen so kämpft wie das in Herrenberg intensiv gemeinsam von Gemeinderat und OB angepackt wird. Diese **Baustelle** scheint wohl nicht so im Blickfeld zu sein. Ob das die Leonberger Bevölkerung auch so sieht?

Wir begrüßen, dass nun endlich die **Baustelle Stadthalle** angepackt werden soll. Seit 2019 schiebt die Verwaltung einen Wasserschaden vor sich her. Die Toiletten und die Künstlergarderoben sind weitere Punkte. Nun sind wir mal gespannt, ob im Sommer 2024 die Handwerker das Gebäude „stürmen“. Gelder hierfür sind seit vielen Jahren immer wieder gefordert und eingestellt worden.

All das muss auch finanziell gestemmt werden. Hoffen wir, dass trotz Rezession, steigender Zinsen, geringerer Aufträge bei der Baubranche die kalkulierten Gewerbesteuererinnahmen von 33 Mill. EUR in 2024 fließen. Wir wollen nämlich – wie die Verwaltung – keine Erhöhung der Gewerbe- oder Grundsteuer. Dies wäre unserer Meinung nach mehr als kontraproduktiv. Sind doch einige Branchen aktuell schon von der Rezession betroffen.

Das waren unsere größeren **Baustellen**. Manches wäre wohl einfacher, wenn wirklich das umgesetzt werden würde, was Herr Cohn im Sommerinterview 2023 gesagt hat: „man muss erkennen, dass wir konstruktiv zusammenarbeiten müssen. Nur so können wir etwas für die Stadt bewegen.“

Weitere Baustellen / Punkte finden Sie auf unserer separaten Antragsliste.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung des Haushaltsplanentwurfs 2024, allen voran Frau Gräter sowie allen anderen, die im Vorder- und Hintergrund mitgewirkt haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(HH-Rede und Antragsliste unter www.cdu-fraktion-leonberg.de/Politik/Haushaltsreden)

Anträge Haushalt 2024

Stand 07.11.2023

Bereits in HH-Rede genannte Anträge:

Antrags nr.	Thema	Betrag	Seite	Erläuterungen
1	Mehrzweckhalle Bildungscampus Ezach	? TEUR	389	Die Schülerzahlen steigen; die Sophie-Scholl-Schule wird zur Ganztagesesschule; eine Nutzung der Turnhalle Mörikeschule wird auf Dauer nicht umsetzbar sein
2	Pausenhofgestaltung GHR/Schellingschule	250 TEUR VE in 2024 für 2025	403	Schülerzahlen steigen, Pläne liegen vor, nur Planungsrate hilft nicht weiter. Umsetzung kurzfristig erforderlich
3	KiTa Unterer Schützenrain	80 TEUR VE in 2024 für 2025	588 neu	Keinerlei Mittel eingestellt trotz geplanter Bebauung mit KiTa
4	Bebauung Unterer Schützenrain	-----		Diverse offene Punkte wie Verkehrsgutachten, frühzeitige Beteiligung, Abwasser, Privatflächen
5	Evtl. Bebauung Lehmgrube	-----		Einfaches Gebiet, das evtl. schnell als Baugebiet erschlossen werden könnte
6	1 Stelle Personalabteilung	? TEUR	23/42	Eine Person, die sich nur um die Bewerbungen und deren schneller Bearbeitung kümmert
7	Bericht Fa. ISPA Consult	-----	23/ 126	Was wurde in Bezug auf Personal gewinnen, halten etc. erreicht? Was ist noch geplant?
8	Geschäftsführer Stadtwerke	? TEUR	939	Stadtwerke für die Zukunft aufstellen
9	Zuschuss KKH Leonberg Gynäkologie	200 TEUR		Zuschuss ab dem Zeitpunkt der geplanten Schließung; vorab Offenlegung von Zahlen
	Weitere Anträge:			
10	Rücknahme Reduzierung lfd. Schulbudget	60 TEUR	169	Schülerzahlen steigen, Material wird teurer
11	Unterhaltung Feldwege	35 EUR	254	Verkehrssicherheitspflicht; Hinweise bei Felderrundfahrt
12	PKW-Anhänger Forst	20 TEUR	774	Abgewirtschaftet durch Einsatz im Wald, Bj. 2001
13	Prüfung Erhöhung Hundesteuer	? TEUR	38	Vergleichszahlen aus Nachbarkommunen einholen
14	Zuschuss Hospiz	10 TEUR		Aufstockung Gebäude; hoher ehrenamtl. Einsatz für schwierige Aufgabe
15	Bürgerplatz	? TEUR		Umbenennen in Dr.-Ortlieb-Platz
16	Prüfung Ergänzung Ortsschilder	? TEUR		Ergänzung: Stadt der Leonberger Hunde
17	Skulpturen im öffentlichen Raum	? TEUR		Beschriften, damit erkennbar ist Künstler, Titel
18	Bushaltestelle Waldfriedhof	? TEUR		Überdachung erneuern, da Graffiti und unschön insgesamt
19	VHS, laufendes Budget	2 TEUR	194	Reduzierung zurücknehmen, damit Anmeldeprogramm umgesetzt werden kann

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	
Antrag/Betreff	
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Kommunalpolitische Erklärung der SPD-Fraktion am 07.11.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,

sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bildung und Gesundheit – das sind aus meiner Sicht elementarste Aufgaben des Staates für seine Mitbürger. In manchen Ländern (wie etwa in Skandinavien) genießen sie höchste Priorität, in manchen Ländern, denen wir gerne auch erklären, wie Menschenrechte richtig anzuwenden sind, da sind Bildung und Gesundheit sogar kostenlos für die Staatsbürger zu haben. Soweit will ich gar nicht gehen. Nur bei uns in Deutschland sind beide Systeme gnadenlos unterfinanziert.

Sie werden jetzt zu Recht sagen, Bildung ist Aufgabe des Landes. Richtig – und wie das Schulsystem in Baden-Württemberg abgewirtschaftet wird, das ist verheerend (darauf möchte ich jetzt auch nicht weiter eingehen).

Gesundheit ist Aufgabe von Bund und Ländern, das Krankenhauswesen ist auch Aufgabe der Landkreise – nicht jedoch Aufgabe der Kommunen. Daher finde ich das auch falsch, einen jährlichen städtischen Zuschuss für das **KKH Leonberg** in Erwägung zu ziehen. Das ist ein Fass ohne Boden! Tiefer möchte ich in meiner heutigen Erklärung jetzt jedoch nicht auf die aktuelle Krankenhaus Diskussion eingehen.

Falls wir aber bereit sind, trotzdem Geld in die Hand zu nehmen, um jungen Familien nachhaltig zu helfen, dann sollten wir uns (gemeinsam mit dem Landkreis) aufmachen, um im KKH Leonberg selbst oder in dessen unmittelbarem Umfeld ein **kinderärztliches medizinisches Versorgungszentrum** zu etablieren und dafür auch eine Anschubfinanzierung zu leisten.

Das würde jungen Familien über viele Jahre hinweg die Sorge nehmen, mit kranken Kindern stressige und kilometerweite Fahrten zu unternehmen oder überhaupt einen Kinderarzt zu finden, der bereit ist, die unerlässlichen „U-Untersuchungen“ noch durchzuführen. Wir können uns gut vorstellen, dass es im Rathaus eine pfiffige Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter gibt, der temporär die Akquise von geeigneten Kinderärzten übernimmt. Natürlich könnte dieses MVZ perspektivisch auf weitere medizinische Fachrichtungen (Orthopädie, Kardiologie, ...) ausgeweitet werden, in denen bei uns niedergelassene Ärzte fehlen.

Die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe der Stadt müssen angesichts ihrer Bedeutung künftig wieder gemeinsam mit dem Kernhaushalt eingebracht werden. Besonders die **Stadtwerke (SWL)** bereiten uns große Sorgen – und dies übrigens nicht erst seit ein paar Monaten. Sie verantworten – finanziell und strukturell - essentielle Bereiche für die Stadt, u.a. die

Wasserversorgung, den ÖPNV, die Parkhäuser und sie müssten sich eigentlich viel stärker um Zukunftsthemen, wie das Wärmenetz kümmern.

Nicht nur der Umfang ist inhaltlich mit dem vorhandenen Personal nicht zu stemmen, vielmehr wurden auch Bereiche in die SWL hineingedrückt, die finanziell dort nicht kompensiert werden können. Zuletzt die Bäder. Unsere Priorität war hierbei weniger steuerlich motiviert, sondern wir wollten klare Hierarchien und Verantwortlichkeiten schaffen. Auch dies ist bislang aus verschiedenen Gründen nicht gelungen.

Eine Analyse der SWL hat kürzlich den Handlungsbedarf mehr als deutlich gemacht. Wir benötigen dringend – neben den schon von der Verwaltung vorgeschlagenen Stellenbesetzungen und unabhängig davon, ob und wann ein Erster BM (oder Erste BM'in) wieder im Amt ist, einen Branchenkenner (oder eine -kennerin) als kfm. Geschäftsführer(in), um die erkannten Defizite rasch aufzuarbeiten und die SWL zukunftsfähig aufzustellen.

Teil dieser SWL sind wie erwähnt zwischenzeitlich auch **unsere Bäder**, die uns bekanntlich sehr am Herzen liegen. Sie bieten Lebensqualität, sportliche Betätigung und ermöglichen Schwimmen zu lernen. Hohe finanzielle Defizite (für 2024 lt. vorliegendem vorläufigem Plan: über 3 Mio.€ - gegenüber 2022 eine Steigerung um satte 750T€) und hoher Energieverbrauch sind offensichtlich. Wir haben schon vergangenes Jahr eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie zusätzlich Energie gespart werden könnte, die auf wenig Gegenliebe gestoßen sind.

Daher bringen wir nun heute Ideen ein, wie im Umfeld der beiden Bäder zusätzliche nachhaltige Energie zum Eigenverbrauch produziert werden könnte, um damit das wirtschaftliche Ergebnis zu verbessern. Auch wenn die Dachausrichtung des Hallenbades auf den ersten Blick nicht ganz optimal sein mag, schlagen wir vor, dort eine Photovoltaikanlage (ggf. auch Solarthermie) zu installieren, Ebenso könnten Teile der Parkflächen beim Leobad überdacht und in ähnlicher Form genutzt werden.

Ein weiterer Eigenbetrieb der Stadt, von dem wir vergangenes Jahr noch hofften, er wäre vom Management her in guten Händen, das ist **die Stadthalle**. Dass Sanierungsbedarf grundsätzlich vorhanden ist, das war bekannt. Erkenntnisse darüber, welches Ausmaß der zwischenzeitlich erlangt hat, verdanken wir Herrn Streib, der diesen in mühsamer Kleinarbeit offengelegt hat.

Was nun umgehend folgen muss, das ist die bauliche und inhaltliche Neuaufstellung der Stadthalle. Ohne eine zeitnahe Wiederbesetzung der Geschäftsführungsposition wird dies nicht gelingen. Wir bekennen uns zur Stadthalle als kulturellem Fixpunkt in der Stadt, alles andere, ob alte Schuhfabrik oder neue Kulturfabrik ist finanziell schlicht nicht leistbar.

Das Herumgeeiere um **die Alte Schuhfabrik** sollten wir beenden und das Areal der Wohnbebauung zuführen. Ein idealer Ort für die Innenentwicklung. Die Veräußerung reduziert zudem vermutlich unverhältnismäßig hohe laufende (Energie-) Kosten und erleichtert die künftige Straßenführung an einer ganz neuralgischen Stelle.

Liebe Zuhörer, ich komme nun zu zwei Themen, die alle Jahre wieder Teil meiner Haushaltsrede sind. Das erste ist **die Stadtsauberkeit**. Gut – es hat jetzt einmal eine stadtweite Putzaktion stattgefunden, die diesen Namen auch verdient. Gleichwohl ist da noch viel Luft nach oben. Auch was begleitende Maßnahmen betrifft. Hierzu haben wir in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Anregungen geliefert, ich möchte Sie damit heute nicht weiter behelligen.

Was sich in keiner Weise gebessert hat, sind die wilden (Haus-) Müllablagerungen an Containerstandorten, an hinlänglich bekannten neuralgischen, weil schlecht einsehbaren, Örtlichkeiten. Auch wenn formal der Abfallwirtschaftsbetrieb des Kreises zuständig sein mag, so betrifft das doch vor allem unsere Stadt. Dabei handelt es sich aus unserer Sicht zwischenzeitlich nicht mehr nur um Ordnungswidrigkeiten, sondern in Einzelfällen durchaus um Straftaten (nämlich dann, wenn gestohlenen Material entsorgt wird). Unseres Erachtens würde das – endlich – auch den Einsatz von Überwachungskameras rechtfertigen.

Das andere Dauerthema im Zuge der Haushaltsreden, das sind die von der Verwaltung regelmäßig gewünschten **Personalmehrungen**. Diesmal geht es in der Summe um zusätzliche ungefähr 16 Stellen in der Kernverwaltung (mit einem Volumen von deutlich über 1 Mio.€ p.a.) und 4 bei den Stadtwerken. Gleichzeitig gibt es in der Verwaltung eine ganze Reihe derzeit nicht besetzter Stellen.

Hierzu habe ich schon Ende September einige Fragen gestellt (nur um Beispiele zu nennen: Kann die Personalabteilung diese Vielzahl von Stellenausschreibungen kapazitätsmäßig bewältigen? Ist ausreichend Platz vorhanden, um den neuen MitarbeiterInnen ein konstruktives Arbeitsumfeld zu schaffen?). Die sehr ausführlichen Antworten hierauf haben wir nun gestern, 26 Stunden vor der heutigen Sitzung, erhalten. Daher werde ich heute nicht tiefer darauf eingehen.

Gleichwohl ist die Rückendeckung des Gemeinderates, genehmigte, aber derzeit nicht besetzte, Stellen schnellstmöglich wieder zu besetzen, ja unstrittig.

Klar ist aus Sicht der SPD – Fraktion auch, dass es zusätzlicher Arbeitskräfte bedarf, um die Folgen dieser verkorksten Grundsteuer Reform der Landesregierung „auszubaden“ oder dass angesichts der stetigen Zunahme an städtischen Immobilien auch mehr Arbeit im Gebäudemanagement anfallen wird. So offensichtlich ist der zusätzliche Personalbedarf jedoch nicht überall. Daher auch die Nachfragen an die Verwaltung...

Brisant ist die Lage sicherlich im **Bürgeramt** (übrigens nicht nur in Leonberg). Handlungsbedarf ist offensichtlich, schlussendlich sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort die Visitenkarte der Stadt ihrer Bürgerschaft gegenüber. Termine zu erhalten ist nicht einfach. Kein Wunder angesichts einer hohen Fluktuation (mit der Konsequenz regelmäßig Neue einarbeiten zu müssen) und derzeit zweier nicht besetzter Stellen. Nur – lässt sich das Dilemma auflösen, wenn wir zwei zusätzliche Stellen genehmigen (dann haben wir 4, die nicht besetzt sind)?

M. E. wäre es zielführend, zu analysieren, worin die hohe Fluktuation begründet ist: mangelhafte technische Ausstattung, nicht zeitgemäßes Arbeitsumfeld im historischen Rathaus oder auch nicht angemessene Bezahlung (Stichwort auch: „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“)? Wir wären jedenfalls durchaus bereit, die große Bedeutung des Bürgeramtes auch monetär zu unterstreichen.

Meine Damen und Herren, wir müssen derzeit mit enormen **Herausforderungen** umgehen, die wir uns noch vor wenigen Jahren kaum vorstellen konnten, wie die beiden Brennpunkte in der Ukraine und im Nahen Osten. Da sind aber immer noch die Corona-Nachwirkungen, die Gastronomie und Einzelhandel ganz besonders treffen. Wie in einem Brennglas erleben wir dies gerade im Leo Center, dem langjährigen Zentrum unserer Stadt.

Befeuert wird dies durch immer mehr, anstatt weniger Bürokratie, erheblichen Fachkräftemangel und von einer immer noch zu hohen Inflation, die beispielsweise unser großes Anliegen, bezahlbaren Erwerb von Wohneigentum für junge Familien in Leonberg zu ermöglichen, zertrümmert hat. Allerdings haben hier auch die Entscheidungsprozesse und das schlichte Erkennen der Problematik an sich in Verwaltung und Gemeinderat viel zu lange gedauert.

Die weiter zunehmenden Flüchtlingszahlen stellen Leonberg, wie fast alle anderen Kommunen in Deutschland auch, vor nicht mehr lösbare Probleme, von noch gelingender Integration ganz zu schweigen.

Umso wichtiger wäre es jetzt, Leonberg für die Zukunft strategisch auszurichten. Aus vielerlei Gründen müssen wir sukzessive und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten den Stadtumbau vorantreiben. Aber wir waren uns doch einig, dass neben der Priorisierung großer Investitionsvorhaben ein **gesamtstädtisches Leitbild** zu entwickeln ist. Im Sitzungsplan für nächstes Jahr finde ich aber weder einen Termin für eine dafür notwendige Klausurtagung, ja nicht einmal für die Entwicklung eines neuen, längst überfälligen Flächennutzungsplans.

Angesichts der begrenzten personellen Kapazitäten der Verwaltung haben wir uns heute auf wenige für uns wichtige Fraktionsanträge beschränkt. Einen **Antrag** haben wir allerdings noch. Der geht aber **an die Regierungspräsidentin**: Bitte nehmen Sie nun zeitnah Ihre Verantwortung wahr und treffen Sie endlich eine Entscheidung, damit wir wissen, woran wir mit der Position eines Finanz- und Sozialbürgermeisters sind. Eine sorgfältige Prüfung etwaiger Vorwürfe ist selbstverständlich, aber dieses monatelange „auf Zeit spielen“ und das Verstecken hinter personalrechtlichen und anderen Vorschriften schadet der Stadt insgesamt erheblich, vor allem aber verhindert es effiziente Prozesse innerhalb der Verwaltung und strategische Zukunftsthemen bleiben liegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt abschließend sehr viel Redezeit dafür verwandt, über allgemeinere Herausforderungen zu sprechen. Ich wünsche mir angesichts

dieser diffizilen Gemengelage, dass wir hier im Gremium, trotz anstehender Kommunalwahlen, weiter an einem Strang zum Wohle unserer Stadt ziehen.

Abschließend möchte ich mich auch im Namen meiner Fraktion bei allen bedanken, die an der Aufstellung dieses Halthalts mitgewirkt haben, insbesondere bei Frau Graeter, die uns ja bedauerlicherweise verlassen wird. Darüber hinaus bedanke ich mich bei allen Anwesenden für das geduldige Zuhören.

Ottmar Pfitzenmaier

Für die SPD – Fraktion im Gemeinderat

Anträge der SPD – Fraktion zum Haushalt 2023

Hinweis: die mit * gekennzeichneten Anträge erachten wir als haushaltsrelevant.

Gesundheitsversorgung:

- Etablierung eines kinderärztlichen medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in enger Zusammenarbeit/Arbeitsteilung mit dem Landkreis am oder im Umfeld des KKH Leonberg. Die Stadt gewährt eine Impulsfinanzierung für die Bereitstellung der baulichen und logistischen Infrastruktur und übernimmt die Akquisition von interessierten Kinderärzten/innen. Hierfür soll ein Betrag von 50T€ in den Haushalt eingestellt werden. In weiteren Schritten ist die Ausweitung auf zusätzliche medizinische Fachrichtungen denkbar, in denen es zu wenige niedergelassene Ärzte/innen in Leonberg gibt. *

Stadtwerke (SWL):

- Umgehende Aufarbeitung vorhandener organisatorischer und inhaltlicher Defizite der SWL. In diesem Zuge Schaffung und Ausschreibung der Position eines (kaufmännischen) Geschäftsführers mit Branchenerfahrung. Hierfür Einstellung vom 100T€ in den Haushalt. *

Bäder:

- Prüfung (gemeinsam mit LeoEnergie), ob eine Photovoltaik-/Solaranlage auf dem Dach des Hallenbades wirtschaftlich sinnvoll genutzt werden kann. Falls dies zutrifft: zeitnahe Umsetzung. Einstellung von 100T€ in den Haushalt. *
- Nach Optimierung der Parkflächen soll geprüft werden, ob eine teilweise Überdachung des Leobad-Parkplatzes zum Betrieb einer Photovoltaik-/Solaranlage sinnvoll für das Leobad genutzt werden kann. Für die Untersuchung ist eine erste Rate von 25T€ in den Haushalt einzustellen. *

Parkplatz Berliner Straße:

- Der Parkplatz ist bisher nicht Teil einer gesamtstädtischen Konzeption. Wir beantragen, auch diesen Parkplatz zu bewirtschaften (Parkscheinautomat). Dabei ist sicherzustellen, dass dieser (entsprechend der Beschilderung) in den Sommermonaten als Ausweichparkplatz für das Leobad bereitsteht (beginnend mit der Sommersaison 2024). Hierfür ist ein Betrag von 30T€ in den Haushalt einzustellen, der sich im Laufe der Jahre durch eingenommene Parkgebühren (annähernd) refinanzieren sollte. *

Stadthalle:

- Bauliche und inhaltliche Neuausrichtung der Stadthalle. In diesem Zuge soll schnellstmöglich ein kompetenter Geschäftsführer eingestellt werden. Die Position ist im Wirtschaftsplan der Stadthalle bereits vorgesehen, aber derzeit vakant.

Alte Schuhfabrik:

- Kulturelles Zentrum ist und bleibt für uns die Stadthalle. Mehrheitlich hat der Gemeinderat jüngst ebenfalls entschieden, das Theater im Spitalhof weiter zu betreiben. Damit scheiden aus unserer Sicht schon aus finanziellen Erwägungen jegliche weiteren städtischen Investitionen in die Alte Schuhfabrik aus. Auch um die unverhältnismäßig hohen laufenden Kosten einzusparen, soll das Objekt schnellstmöglich veräußert und dem Wohnungsbau zugeführt werden. Ein entsprechender Verkaufserlös kann in den Haushalt eingestellt werden. *

Stadtsauberkeit:

- Die Vermüllung an mehreren neuralgischen Orten (Container Steinstraße, Bruckenbachstraße, Parkplatz am Wirtschaftsweg vom Gewerbegebiet Hertich zum Längenbühl) in der Stadt ist ein ständiges Ärgernis. Aus unserer Sicht handelt es sich dabei teilweise nicht nur um Ordnungswidrigkeiten, sondern auch um Straftaten („Überreste“ aus Diebstählen). Insofern müsste eine Kameraüberwachung zulässig sein. Hierfür sind 20T€ in den Haushalt einzustellen. *
- Der Freizeitpark auf der Alten Autobahntrasse nimmt Gestalt an. U. a. gibt es eine Vielzahl von Bänken, aber deutlich zu wenige Mülleimer, insbesondere im Bereich oberhalb der Breslauer Straße. Hierfür sollen 10T€ in den Haushalt eingestellt werden. *

Bürgeramt:

- Prüfung, ob und mit welchen Maßnahmen die Arbeitsbedingungen (räumlich, technisch, finanziell) im Bürgeramt der Stadt (auch die Kooperation mit den Ortsverwaltungen) so verbessert werden können, dass die Fluktuation nennenswert reduziert wird und die offenen Stellen schnellstmöglich und nachhaltig besetzt werden. Ein dafür ggf. notwendiger Betrag soll in den Haushalt eingestellt werden. *

Trimm Pfad Leonberg:

- Analog zu der Maßnahme in Höfingen soll – wie von der Verwaltung bereits 2022 zugesagt - nun auch der Trimm Pfad am Waldfriedhof vornehmlich als Laufstecke wieder instandgesetzt, ausgeschildert und in der Folge auch gepflegt werden. In den Haushalt müssen hierfür Mittel in Höhe von 25T€ (sowie ein angemessener Betrag für die jährliche Unterhaltung) eingestellt werden. *

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine Damen und Herren,

Hurra, der Haushalt ist genehmigungsfähig, die Einnahmen sind auf Rekordniveau und die Schulden sind gesunken. Also alles gut? **Mitnichten**. Das auf den ersten Blick so positive Ergebnis konnte nur erzielt werden, weil Investitionen verschoben wurden und viele Stellen nicht besetzt sind, so dass weniger Personalausgaben anfielen und damit Rücklagen gebildet werden konnten. Auf diese Rücklagen kann man nunmehr zurückgreifen und dem Haushalt zuführen. Das gelingt für den Haushalt 2024, aber nicht mehr in der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Zukunft müssen neue Wege gefunden werden. Allerdings haben uns bei der Präsentation des Haushaltes die Vorstellungen der Verwaltungsspitze zu den Zielen einer weiteren Entwicklung unserer Stadt gefehlt.

Die weltpolitische Lage mit Kriegen in der Ukraine und in Nahost, mit nicht reglementierten Flüchtlingsströmen und mit zunehmendem Misstrauen in die Demokratie wird einigermaßen zuverlässige Prognosen erschweren. Wir benötigen mehr Flexibilität und Reserven. Die Frage lautet: sind dazu Ansätze im Haushalt zu finden?

Zuerst ein Blick auf den **Ergebnishaushalt**.

Über viele Jahre wurde ein positives Ergebnis erzielt. Ab 2023 und in den Folgejahren ergibt sich ein negatives Ergebnis. Für 2024 kann ein positives Gesamtergebnis nur durch Entnahme von fast 5 Mio. aus der Rücklage erreicht werden, obwohl die Erträge um über 14 Mio. ansteigen, vor allem durch bessere Steuereinnahmen. Die Aufwendungen übersteigen jedoch die Erträge, so dass außerordentliche Erträge für den Haushaltsausgleich notwendig sind. Besonders bedenklich ist, dass die für 2024 angesetzten Aufwendungen um 22 % höher ausfallen als das Rechnungsergebnis 2022. Vor allem ins Gewicht fallen dabei die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit einer Zunahme um fast 45 % sowie einer Verdoppelung der sonstigen Aufwendungen. An diesen Punkten müssen Überprüfungen ansetzen.

Zum Teilhaushalt Verwaltung

Im Teilhaushalt der Inneren Verwaltung sind hohe Ausgaben für die Modernisierung der IT vorgesehen. Dazu stehen wir, weil die Digitalisierung viele Vorteile bringt, aber diese Vorteile müssen auch realisiert werden. Hardwarebeschaffung allein ist nicht zielführend, es müssen damit konkrete Maßnahmen und Projekte angegangen werden.

Anforderungsmanagement, Projektplanung und Umsetzung müssen Hand in Hand mit den Investitionen gehen, weshalb wir auch einer Ausweitung der IT im Stellenplan zustimmen. Mehr und bessere Digitalisierung wird helfen, die Arbeitsbelastung der Ämter und Fachabteilungen zu reduzieren und die Effizienz der Geschäftsprozesse zu steigern. Dies wird mittelfristig zu einer Verschlinkung des Stellenplans und damit zur Kostensenkung beim Personal führen.

Wo allerdings Defizite bei weichen Faktoren wie Projektmanagement, Schulung, Software-Knowhow und ähnlichem vorhanden sind, könnte die Stadt einen Beirat von sachkundigen Bürgern einrichten, der hierbei unterstützt. Es gibt sicher zahlreiche Experten in unserer Stadt, die da helfen könnten. Die FDP will daher die Schaffung eines "digitalen Beirats" anregen.

Zum Bereich Bildung und Betreuung

Die prognostizierte Entwicklung der Schülerzahlen und der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen ab dem Jahr 2026 stellen uns vor große Herausforderungen, sowohl bei den Raumkapazitäten als auch beim Betreuungspersonal. Wir benötigen ein Konzept, wie die Betreuung der Schüler am Nachmittag sichergestellt werden kann. Gute Ansätze sind zu erkennen, aber allein auf ehrenamtlicher Basis ist diese Aufgabe nicht zu stemmen.

Mit Sorge blicken wir nach Warmbronn. Planungsfehler bzw. eine unzureichende Kommunikation mit den beteiligten Akteuren haben zu einem nicht hinnehmbaren Zustand rund um die Warmbronner Schule geführt. Mittlerweile liegen Lösungsvorschläge vor und wir hoffen, dass eine einigermaßen absehbare Verwirklichung möglich wird.

Im „Bildungscampus Ezach“ sehen wir eine große Chance und erwarten eine zeitnahe Realisierung sowie eine ansehbare Planung einer Sporthalle.

Neben den Grundschulen muss aber auch ein Blick auf die weiterführenden Schulen gerichtet werden. Auch hier werden immer wieder Ideen genannt, ausgereift sind diese aber noch lange nicht und die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass der Teufel oft im Detail steckt. Wir fordern die Verwaltung daher auf, endlich in die Planung des Ausbaus der weiterführenden Schulen einzusteigen.

Deutlich wird diese scheinbare Untätigkeit am Beispiel des Schulhofs von Schellingschule und Gerhart-Hauptmann-Realschule. Dieser muss dringend den aktuellen Bedürfnissen angepasst werden und entsprechende Mittel sind dafür zu veranschlagen.

Zudem möchten wir anregen, der Bitte der Schulleiter zu folgen und das Schulleiterbudget den Entwicklungen der Schülerzahlen und der allgemeinen Preissteigerungen entsprechend anzupassen.

Zur Jugend

Wir freuen uns, dass der Jugendplatz dieses Jahr nach langer Planung fertiggestellt und eingeweiht werden konnte. Dies ist ein weiteres schönes Beispiel für die erfolgreiche Arbeit unseres Jugendausschusses. Zu lange wird nun aber schon nach einem neuen Standort für den Skaterplatz gesucht, der der Bebauung an der Berliner Straße weichen muss. Nachdem die Planung der Bebauung konkreter wird, ist bezüglich des Skaterplatzes noch vieles unklar. Hier fordern wir zeitnah einen Fortschritt hinsichtlich des Standortes, um in die konkrete Planung einsteigen zu können.

Zum Bereich Kultur

Die Stadthalle ist in die Jahre gekommen. Um den Betrieb sicherzustellen, sind Instandhaltungen dringend erforderlich, ein Neubau oder auch nur eine Komplettsanierung sind derzeit leider finanziell nicht leistbar, langfristig aber zu überlegen. Es ist gut, dass eine Betriebserlaubnis bis 2026 vorliegt, die Ergebnisse des derzeit erstellten Brandschutzkonzepts müssen aber zeitnah in die Sanierungspläne für 2024 einfließen. Wir erwarten, dass die Verwaltung dem Gemeinderat alsbald Vorschläge hierzu unterbreitet, auch, um das im Haushaltsplan 2024 angemessen berücksichtigen zu können.

Das Theater in der Spitalschule zu erhalten ist richtig, eine Sanierung der Alten Schuhfabrik hingegen können wir uns zurzeit nicht leisten.

Das schwierige Thema Flüchtlinge und Zuwanderung

Menschen in allergrößter Not zu helfen, ist selbstverständlich. Wirtschaftliche Nachteile sind global verbreitet, sie zu lindern sind eine große Aufgabe der Staatengemeinschaft. Sie durch Migration zu überwinden, ist keine Lösung und kann daher kein Asylgrund sein.

Mittlerweile sind die Grenzen der Belastbarkeit in Stadt und Landkreis sowie bei den Bürgern überschritten. Ein weiter so, birgt erheblichen politischen und sozialen Sprengstoff. Dringend appellieren wir an Bundesregierung, Maßnahmen zur Eindämmung der Flüchtlingsströme und zur besseren Verteilung in Europa auch durch Harmonisierung der Hilfeleistungen einzuleiten. Die Beschlüsse der Bund-Länder-Verhandlungen am Montag zum Thema Flüchtlinge sind nicht der große Brüller. Sie werden die Probleme vielleicht lindern, aber nicht lösen.

Die Diskussionen in den vergangenen Wochen haben deutlich gemacht, dass bezüglich der Unterbringungen von Geflüchteten in Leonberg gegenüber der Bürgerschaft mehr kommuniziert werden muss. Die Verwaltung hat viele mögliche Standorte untersucht und auch schon einige Vorhaben zur Unterbringung auf den Weg gebracht. Hier möchten wir die Verwaltung bitten, offen zu kommunizieren, welche Maßnahmen schon ergriffen wurden und welche noch geplant sind. Dabei ist nicht nur die vorläufige Unterbringung, für die der Landkreis zuständig ist, sondern auch die Anschlussunterbringung zu bedenken, die in der Zuständigkeit der Stadt liegt.

Der aktuell vorliegende Vorschlag, das frühere Amber Hotel statt des Seniorenheims dem Landkreis für die vorläufige Unterbringung zu nutzen, findet unsere Zustimmung und ist eher realisierbar als ein temporärer Umbau des alten Postgebäudes.

Das Zukunftsthema Stadt für Morgen

Was zeichnet eine Stadt in der Zukunft aus? Es sind viele Anforderungen: Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Mobilität, aber dies in einer Art und Weise, dass das Klima geschont, natürliche Ressourcen erhalten und sozialer Ausgleich erreicht werden.

Studien zeigen auf, dass dem **Wohnen**, vor allem dem bezahlbaren Wohnen, ein hoher Stellenwert beigemessen wird. Dass diese Aussage vor allem von jungen Familien getroffen wird, überrascht nicht.

Es ist keine Frage, Wohnraum wird dringend gesucht und ausreichender Wohnraum ist ein wichtiger Standortfaktor, obwohl die Randbedingungen schwieriger geworden sind. Wir hoffen, dass die geplanten Wohnungen in der Neuen Stadtmitte, an der Berliner Straße und im Unteren Schützenrain bald entstehen und wir erwarten, dass die städtebaulichen Verträge zeitnah abgeschlossen werden, so dass die Bebauungspläne auf den Weg gebracht werden können.

Zudem ist die Neuaufstellung des FNP voranzubringen. Wir sind der Auffassung, dass Leonberg seine Stellung in der Region nur wahren kann, wenn es jungen Menschen die Möglichkeit bietet, Wohnraum zu mieten oder zu erwerben. Außer einer qualitätsvollen Innenentwicklung wird man an der Arrondierung der bestehenden Bebauung nicht vorbeikommen. Geeignete Gebiete können beispielsweise Pfad in Höfingen oder die Lehmgrube in Leonberg sein.

Energie einzusparen ist ein weiteres wichtiges Feld in der Stadt der Zukunft.

Der Energiebericht zeigt, dass bei den städtischen Gebäuden schon manches erreicht wurde und künftig weitere Maßnahmen geplant sind. So zum Beispiel bei der Schule in Höfingen. Aus Kostengründen muss man dabei aber in Stufen vorankommen.

Die Wärmeplanung wird hoffentlich aufzeigen, welche Möglichkeiten bestehen, den privaten Gebäudebestand klimaneutral und sozial verträglich zu sanieren. Gibt es die Chance auf ein Wärmenetz zumindest in Neubaugebieten? Welche regenerativen Wärmeerzeuger sind in unserer Stadt erfolgversprechend? Können wir die Fotovoltaik weiter ausbauen? Bieten wir Investoren Optionen für einen Ausbau der Windkraft? Mit diesen Fragen muss sich die Stadt der Zukunft auseinandersetzen.

Auch der **Verkehrssektor** muss einen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emission beisteuern.

Der Anteil der batterieelektrischen Fahrzeuge wird deutlich zunehmen. Ladestationen sind überwiegend privat, doch seitens der Stadt müssen wir öffentlich zugängliche Ladestationen fördern, indem wir Investoren geeignete Orte zur Verfügung stellen.

Angebote im ÖPNV sind als Ersatz für den Kfz-Verkehr anzubieten, dabei ist eine Bedarfsorientierung unumgänglich, um ökologische Vorteile auch auszuspielen.

Der verfügbare Straßenraum ist knapp, dennoch gibt es Möglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer Flächen zur Verfügung zu stellen. Dies ist vor allem in der Eltinger Straße und der Brennerstraße erreichbar.

Ein Umbau des Neuköllner Platzes zu einer Fußgängerzone mit Sperrung für den Kfz-Verkehr stehen wir äußerst kritisch gegenüber, da zu befürchten ist, dass andere Straßen wie die Hindenburgstraße, die Römerstraße und die Poststraße deutlich mehr Verkehr aufnehmen müssen. Da würden wir den Teufel mit dem Beelzebub austreiben.

Bedauerlich finden wir, dass es nach Jahren der Planung immer noch nicht gelungen ist, an Kreisverkehren, in der Stuttgarter Straße und in Höfingen ein paar Zebrastreifen einzurichten.

Das Thema Gesundheit

Die Gesundheitsversorgung ist zwar keine städtische Aufgabe, dennoch kann die Stadt Leonberg Rahmenbedingungen schaffen, die den Standort des Krankenhauses stärken, so könnte das Areal um das Krankenhaus zu einem Gesundheitszentrum entwickelt werden. Damit wäre eine Chance geschaffen, dem dringenden Bedarf an Arztpraxen zu unterstützen, seien es Hausarzt- oder Facharztpraxen, wie zum Beispiel Kinderarztpraxen.

Die Grundsteuer und ihre Reform

2024 muss die Grundsteuer auf eine neue Basis gestellt werden. Selbst bei Einhaltung einer Aufkommensneutralität für die Stadtfinanzen wird es viele Verlierer geben, weil das Flächenmodell des Landes viel Ungerechtigkeit zur Folge hat. Um die Folgen für die Steuerzahler sichtbar zu machen, fordern wir die Verwaltung auf, den künftigen Grundsteuer-Hebesatz auf der Grundlage einer Aufkommensneutralität zu berechnen und zu veröffentlichen.

Auch sollte der Gutachterausschuss Augenmaß, Flexibilität und Pragmatismus an den Tag legen und extreme Belastungen durch geeignete Regeln oder auch Einzelfallentscheidungen verhindern.

Das Thema Personalstellen

Der Schaffung weiterer Personalstellen stehen wir äußerst zurückhaltend gegenüber. Es gibt durchaus Bereiche in denen ein Stellenaufwuchs zu begründen ist, wie beispielsweise bei der IT und dort wo Aufgaben deutlich zunehmen. Solange aber viele Stellen gar nicht besetzt sind und es sehr schwierig ist, vorhandene freie Stellen zu besetzen, wollen wir erst ein Konzept ob und inwieweit die anstehenden Arbeiten nicht auch effektiver zu bewältigen sind. Wir sehen hier Potentiale in verschiedenen Bereichen, sei es im Sozialen Dienst, bei Kultur und Sport oder in der Kämmerei. Die genaue Aufstellung ist in unserer Antragsliste hinterlegt.

Zum Abschluss nochmal zur Verwaltung bzw. zur Verwaltungsspitze

Die Situation an der Verwaltungsspitze ist unerträglich, für uns als Gemeinderat, vor allem aber für die Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt. Niemand hat dafür Verständnis. Leonberg ist zur Lachnummer geworden. Das Bild nach außen ist verheerend, die Schwäche des Regierungspräsidiums peinlich und das Schweigen der Beteiligten inakzeptabel. Wir fordern die Kontrahenten auf, diesem unseligen Treiben ein Ende zu setzen und sich endlich für das Wohl der Stadt einzusetzen.

Ausdrücklich bedanken wir uns bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, vor allem beim Kämmereiamt und insbesondere bei Frau Gräter für den Einsatz bei der Erstellung des Haushalts. Des Weiteren gilt unser Dank den Kollegen und Kolleginnen des Gremiums für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Die FDP-Fraktion

Anträge

Nicht erledigte Anträge aus dem letzten Jahr:

- Effizienzsteigerung von Geschäftsprozessen durch Digitalisierung
- Entwicklung eines Gesundheitscampus am Krankenhaus
- Projekt 1000 Zebrastreifen umsetzen
- Fußgängerüberwege an Kreisverkehren anlegen
- Radweg entlang der L1137 fertigstellen
- Radweg in Zuge der L1187 über Philadelphiahof prüfen
- Fortentwicklung baurechtlicher Vorschriften zur Schaffung innerörtlichen Wohnraums
- Geeignete Standorte für elektrische Ladesäulen identifizieren

Anträge Haushalt 2024:

- Schaffung eines "digitalen Beirats"
- Konzept für Schülerbetreuung an Ganztageschulen
- Planung des Ausbaus der weiterführenden Schulen
- Schulhof von Schellingschule und Gerhart-Hauptmann-Realschule sanieren
- Schulleiterbudget an gestiegene Schülerzahlen und Kostensteigerungen anpassen
- Standort für einen Skaterplatz suchen
- Sanierungspläne Stadthalle erarbeiten
- Wohngebiete im FNP ausweisen
- Planung eines Wärmenetzes **zumindest in Neubaugebieten**
- Windkraft und Fotovoltaik
- Berechnung des künftigen Grundsteuer-Hebesatz bei Aufkommensneutralität
- Maßnahmen zur Effizienzsteigerung in der Stadtbücherei, im Amt für Kultur und Sport sowie in der Kämmerei

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
liebe Gemeinderäte und Zuhörer aus der Bürgerschaft,

lassen Sie mich zu Beginn der Kämmererei danken. **Insbesondere Frau Gräter**, die nun etliche Jahre Garant für ein belastbares Zahlenwerk war. Auch für glasklare Ansagen, was geht und was nicht. Wir werden Sie und Ihre **direkte Art der Kommunikation** vermissen! Und das ist auch das einleitende Thema dieser Rede: Kommunikation.

Vor genau 40 Jahren hat E.T. der Außerirdische sein Kommunikationsproblem gelöst.

Während E.T. damals schlicht nach Hause telefonieren wollte, sind die Kommunikationsprobleme heute komplexer. Seit fast 20 Jahren bin ich Gemeinderat und erlebe wie Kommunikation offenbar zu einem **immer größeren Problem** wird.

Dabei geht es hier nur um **lokal begrenzte Reichweiten**. Gemeinderat zu Verwaltungsspitze. Bevölkerung zu Stadt. Und natürlich andersrum. Nicht um Kommunikation zu weit entfernten Planeten.

Würden wir immer unaufgefordert mitteilen was wir wissen und für wichtig erachten, wäre das **eine sehr gute Basis** für das hier stets geforderte **entschlackte Handeln**.

Aber wir bleiben im Ungewissen. Müssen Informationen zu aktuellen Themen wie Berliner Straße, Schützenrain oder gar den Fortgang bei Sporthallenplanungen **wieder und wieder** einfordern, hören dann „ja, da gibt’s schon was. Wir kommen demnächst mit einer Drucksache“. **„Demnächst“ bedeutet dabei**, dass man spontan nichts sagen möchte. Im Gegenzug lassen wir Gemeinderäte die Verwaltung im Ungewissen, wenn wir augenscheinlich nicht Genehmes hören. Wir **verdrehen** vielleicht **die Augen**, erzählen es dann aber **lieber der Presse**, statt den städtischen Protagonisten.

Externe Informationen erreichen uns schon gar nicht. Die Kreisverwaltung denkt über eine **kommunale Baugesellschaft** nach. Natürlich unter Einbeziehung der Kommunen. Die **Lokalpresse berichtet nicht**. Lediglich andernorts wird die Information verarbeitet. Von unserer Verwaltung ist sowieso nichts zu vernehmen.

Dann stockt **der Bus-Schülerverkehr. Rätselraten** an den Schulen, Nachfragen verpuffen in Waberwölkchen. Die Landkreisverwaltung bemüht sich, eine Lösung ist gefunden. Aber irgendwo **in Leonberg ist ein tiefes Loch** in dem auch diese Information verschwindet, ehe sie den Schulen zugetragen wird.

Zu allem Überfluss erleben wir in Sitzungen regelmäßig Geplänkel zwischen Verwaltungsspitze und einzelnen Räten. **Man zankt sich ums hoheitliche Schäufelchen**. Mehr Souveränität und Gelassenheit würden helfen, natürlich auch **bürgermeisterlicheres Sein der Bürgermeister**.

E.T. hat sein Kommunikationsproblem durch **Vertrauen und Freundschaft** gelöst. Diesen Weg blockieren wir hier nachhaltig.

Ja, der Albrecht. Erzählt hier wieder **lauter Zeug**, das nichts mit dem Zahlenwerk des Haushalts zu tun hat. Aber genau das hat es! Die vermeintlich guten Zahlen des Haushalts, mit viel geringerem als dereinst vermutetem Schuldenstand, haben ihre **Basis natürlich auch in mangelnder Kommunikation**. Es wird viel weniger fertig als die Stadt zur Erledigung ihrer Basisfunktionen benötigt.

Es ist schon **erfreulich, dass die Spitalschule** nun endlich auf dem Weg zur ab 2026 verpflichtenden Ganztagesgrundschule ist. Einen Schritt weiter ist die Sophie-Scholl-Schule. Aber auch hier sehen wir, dass die seit vielen Jahren angemahnte Mensa über fast so viele Jahre **nur als Option denn als Notwendigkeit** geplant wurde. Das gleiche Verhalten sehen wir jetzt zur dort dringend benötigten Sporthalle. Den abendfüllenden Ausflug zur GS Warmbronn mit absurden Stelzenlösungen, unentdeckten Waldabstandsvorschriften, doch nicht verlegten Tennishallen und unzähligen Ortschaftsratrunden erspare ich Ihnen. Dokumentiert wird das durch weitere 2cm Durchbiegung der Zwischendecke im Stadtarchiv. Die **mittelfristig weiter wachsenden Schülerzahlen** diktieren die Aufgaben. Nach der Aufstockung der KiTa-Kapazitäten folgen Grundschulen und schließlich die Weiterführenden, die ihre **Kapazitäten um gut 20% erweitern müssten**. Oder in Gebäuden ausgedrückt: wir haben 13 Schulen in der Stadt. Ein Raumäquivalent von **2,5 kompletten Schulgebäuden** müsste entstehen. Zudem drängt die Herausforderung der Ganztagesgrundschule mit Mensa und Betreuungsräumen. Derweil laufen die vorhandenen Gebäude über. Die Schellingschule weiß nicht wohin mit den Kindern in den Pausen. Die Mörikeschule wächst in den kommenden Jahren um rund 50%.

Anstatt diese Herausforderungen anzugehen, schließlich ist das seit Jahren abzusehen, ergehen wir uns in großen Plänen. Und verzetteln uns im **Kleinklein**. Der Schellingschule wäre mit drei Strichen auf dem Schulhof und etwas Spielgerät geholfen. Stattdessen wurden schon Fussballkäfige geplant oder die Einbeziehung der Gerhart-Hauptmann-Straße ins Projekt erdacht. Nebenbei kaufen wir eine **Kreissparkassenfiliale** in Gebersheim als Bücherei und brauchen dafür **kein Personal. Dann doch**. Wir glauben an die absurde Zufahrtsvariante zum Schützenrain. Waren offenbar nie vor Ort. Teilen dazu Bedenken, dass eine Zufahrt von einem **Kreisel an der Feuerbacher Straße** zu Durchgangs- und Schleicherkehr führen würde. Ignorieren die einfache Lösung, dass die Zufahrt natürlich in die Tiefgarage mündet, von oben und von unten, **nicht in einer Durchgangsmöglichkeit**. Für diese Lösung muss man nur das Ortschild etwas versetzen um diese Option in unsere Zuständigkeit bringen. Kommunikation ist alles. **E.T. würde** zum Hörer greifen und die zuständigen Stellen befragen.

Wir wissen schon, dass die Stadt nicht nur für den Erhalt und Ausbau der Schulen lebt. Auch wenn Bildung unbestritten **den Weg in die Zukunft** ebnet. Vereine, Musikschule und Kulturschaffende sind ein weiteres unverzichtbares Element für das Wohlbefinden in der Stadt. Die neu erarbeitete **Vereinsförderrichtlinie** schafft Klarheit und **stärkt den Vereinen den Rücken**. Die Jugendmusikschule reagiert auf neue Rahmenbedingungen mit Ganztagessschulen und nun auch erwachsenen Interessierten. Das Theater im Spitalhof scheint gerettet und alles läuft ganz gut. Selbstverständlich ist das nicht. Vielmehr ist das den **unermüdlichen Anstrengungen der Ehrenamtlichen** in allen genannten Bereichen zu verdanken. Wir sind froh, dass wir Sie haben, dass Sie unsere Stadt mit großem Engagement und Herz lebenswert halten. Vielen Dank dafür!

Wegen der genannten Herausforderungen ist es um das Kulturzentrum **Alte Schuhfabrik**

ruhig geworden. Wichtigeres ist zu erledigen. Wichtig wäre aber schon zu erfahren wie lange die Bausubstanz noch trägt, ob wir **mit zu langem Warten Fakten schaffen**? Vermutlich wäre das manchem ganz recht. Wir fordern konkrete Informationen wie lange man den Zustand halten kann ohne sich Optionen für die Zukunft zu vergeben.

Für das kommende Jahr müssen wir **die Stadthalle zukunftssicher planen**. Neben der kurzfristigen Beseitigung der drängenden Probleme muss auch die **Funktion für die Zukunft** definiert werden. Sollte für größere Raumanpassungen eine längere Schließung notwendig werden, kann eine **Ausweichspielstätte** gleich als zukünftige Erweiterung der Sporthallenkapazität im **Schulzentrum**, etwa im Bereich JKG Parkdeck, geplant werden. Bei diesem Punkt möchten wir direkt ein klares **Bekenntnis zu Leonpalooza** abgeben. Wir sind überzeugt, dass ein Defizit vermieden werden kann. Wichtig ist, hier **keine Konkurrenz** zu privaten Angeboten wie beispielsweise dem Strohländle zu **etablieren**. Leonpalooza muss unter neuer Stadthallenführung weiterentwickelt werden, etwa mit Konzerten die sich in den Stadtpark ausdehnen, oder einer externen Vergabe der Durchführung.

Kommen wir zur **Stadt für Morgen**. Nein, die entsteht nicht am Postareal, wo eher die Stadt von gestern entsteht. Mit einer **Radwegeführung** der Stadt **von Vorgestern**. Eine weitere Blüte unverständlicher Stadtentwicklung. Wie konnte dieser auf Jahrzehnte zementierte Umweg dieses Gremium passieren? Wenn die „Stadt für Morgen“-Programmatik doch **intelligente Verkehrsführung** bei höherer Aufenthaltsqualität zum Ziel hat? Womöglich sehen wir den positiven Effekt der körperlichen Ertüchtigung durch den Umweg nicht. Das Kernthema der Stadt für Morgen mit den anhängenden Fördertöpfen ist die Umgestaltung des Straßenraums. Leonberg fokussiert dabei die Bereiche Eltinger Straße und Poststraße am Boschareal. Mit der **klaffenden Wunde** auf der gegenüberliegenden Seite zum Bosch-Neubau stellen wir uns schon die Frage, ob nicht eine einfache kosmetische Operation hier genügt, da ja der Sinn der Planung, nämlich die Verbindung der Boschareale beiderseits der Straße, **nicht mehr existiert**. Gespartes Geld könnte in die Schulentwicklung gesteckt werden, was dann vielleicht nicht unmittelbar Bosch, aber immerhin der Zukunft des Standorts Deutschland zu Gute kommt.

Die Stadt für Morgen sollte zunächst konzentriert auf der Eltinger Straße entstehen. Hier vernehmen wir **eher un kreatives Allerlei**, Fahrspur weg, Radweg hin, zwei Blümchen pflanzen – fertig. Dabei fordert nicht nur S:ALZ seit geraumer Zeit beispielsweise den kleinen **Einbahnstraßenring** um das Post-/Bausparkassen-Areal zu untersuchen, mit dem Ziel des Raumgewinns an der Ecke Schuhfabrik. Und mit direkter **Verkehrslenkung** in Richtung **Westanschluss** über die Bahnhofstraße, ohne den Knoten Stadtmitte zu belasten. Dazu vernehmen wir zwar nette Beteuerungen, aber bemerken keine Aktivität. Wir hoffen, dass auch das lediglich dem Kommunikationsproblem geschuldet ist.

Die **real** vor uns stehende Stadt für Morgen hat aber noch **Wichtigeres** zu regeln. Nicht nur Wärmeplanung für den Winter, auch **Wärmeplanung für den Sommer** ist ein Thema. Die Stadt überhitzt. Große Steinflächen müssen überplant werden. Trist wirkt der **Exerzierplatz** vor dem Neuen Rathaus ebenso wie der übers Jahr **selten genutzte Festplatz**. Hier dümpelt der einst stattlich beschickte Wochenmarkt vor sich hin, coronale Standabständen befördern den Eindruck der Steinwüste. Weniger Stände bei mehr Hitze führen zu weniger Besuchern. Oder umgekehrt? **Die Lösung kann nicht** aus einer wohligen **Urlaubserinnerung** mit südländischem Flair für den historischen Marktplatz bestehen. Wo gut gelaunte Menschen

von der Sonne verwöhnte **Tomaten meditativ in Händen rollen**, hier und da was probieren. Aber nichts kaufen. Nicht in für die Händler nötigen Mengen. Ein neues Wohlfühlplätzchen **finden wir am Rathausparkplatz**. Gut zugänglich weil befahrbar, mit ausreichend Verschattung durch Bäume, mit weise vorgeplanter Verkabelung für die Beschicker! Kommt Ihnen bekannt vor? Genau, diese Idee haben wir von der rührigen **Elke Meller** übernommen. Warum sollen wir erfinden, was andere gut durchdacht haben? Uneitle Kommunikation hilft. Was aber machen wir mit dem dann noch mehr **verwaisten Festplatz**? Können dort beheimatete große Veranstaltungen verlegt werden, mitsamt dem Reiterstadion? Der Pferdemarkt ist unsere Seele. Vielleicht kann die Fläche des Festplatzes beides sein: übers Jahr **bespielte Aktivfläche**, etwa mit aktuell stark nachgefragtem Basketballfeld, und dennoch großzügig genug aber aufgelockert für Pferdemarkt, Autoschau, LeoMess und bislang noch gar nicht Angedachtes?

Das führt direkt zum nächsten Dauerproblem: die **Verortung der Skateranlage**. Im Jugendforum wurde klar, dass die Fläche beim Freibad die am wenigsten Schlechte ist. Im Sommer gut vorstellbar, aber die Skateranlage wird auch außerhalb der Freibadsaison genutzt und ist dann hier nicht mehr im Leben, sondern im Abseits. Wir fordern die alternative Prüfung einer **südöstlichen Teilfläche am Stadthallenparkplatz**. Der ist im Regelbetrieb der Stadthalle sowieso zu groß, bei großen Veranstaltungen sowieso zu klein. Zudem ist die Fläche **im förderfähigen Gebiet**, es kostet also schlicht weniger Geld der Stadt.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch **einige Worte an den Landkreis** richten. Schließlich sind wir sozusagen die Überlebenden des Altkreises und haben noch eine gewisse Fürsorgepflicht. Dass die Geburtsabteilung unseres Krankenhauses geschlossen werden soll, mag wirtschaftlich sinnvoll sein. Theoretisch. Wenn wir dazu im Schwarzwälder Boten – **wieder nicht in der LKZ** – vom Chefarzt der Geburtshilfe Böblingen erfahren, dass die Säuglingssterblichkeit in kleineren Häusern **dreimal höher** ist als in großen, scheint da ein perfider Plan der Landkreisverwaltung sichtbar. Womöglich gilt das für die alte **Schwarzwaldklinik von Prof. Brinkmann**, aber nicht für eine hochmoderne Leonberger Abteilung, die in einem starken Klinikumfeld operiert. Ein Blick in den Kreishaushalt mit **hundert Millionen** Sozialkosten lässt das Milliönchen Abmangel der Abteilung Leonberg verschmerzbar erscheinen. Zumal die Hebammen ab 2025 aus der **Pflegekasse** finanziert werden. Aber im Kreis wird pragmatisch gedacht. Also **nur die einfache Lösung gesucht**. Weshalb man auch das **vom Kreis verschacherte** Seniorenzentrum am Park als Erstunterbringung für Geflüchtete etablieren will. Und sich so in **einer moralischen Unbelecktheit erster Güte** präsentiert. Alternativen wurden bereits von der Stadt aufgezeigt. Wir sollten nicht alles hinnehmen. Lassen Sie uns 2024 etwas bewegen!

Erstaunlich wenig bewegen wir **trotz unserer Stadtgeschichte** zum Thema Israel. Beim Ukraine-Krieg mit großem Engagement der in gelb-blau erstrahlenden Stadt, **nehmen wir nun Antisemitismus scheinbar hin**. Das ist nicht akzeptabel, erst recht nicht in Leonberg.

„Die Vergangenheit ist geschrieben. Aber die Zukunft ist noch nicht in Stein gemeißelt“
(Jean-Luc Picard)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Anträge der S:ALZ-Gruppe zum Haushalt 2024

Notfalltelefon falls Anträge zu komplex oder nicht verständlich sind: 0177-3871486

1. Schulen / Kinderbetreuung / Jugend

- 1.1. Jugendplatz: Skateranlage.** Die Platzfrage zur Verortung der Skateranlage muss im ersten Halbjahr 2024 beantwortet werden.

Die im Jugendforum als **Fläche 3 beim Freibad** benannte Fläche könnte funktionieren. Allerdings sind hier Fahrradständer und die Fläche ist ausserhalb der Freibadsaison nicht ins Stadtgeschehen eingebunden. Als **Alternative bitten wir eine südöstliche Fläche des Stadthallenparkplatzes** zu prüfen. Die ist als Parkfläche entbehrlich, da der Stadthallenparkplatz bei üblichem Betrieb zu groß, bei großen Veranstaltungen sowieso viel zu klein ist, dann ein Ausweichen an den Festplatz unvermeidlich ist. Zudem ist die **Fläche im förderfähigen Gebiet** des Stadtumbaus.

- 1.2. Die Entwicklung des Kindercampus** Ezach läuft und soll nicht gebremst werden.

Wir fordern für den zweiten Planungsabschnitt eine **Sporthallenplanung voranzutreiben**. Die gemeinschaftliche Nutzung mit der Halle der Mörikeschule wird wegen des Schuldkindzuwachses und ausgeweitetem Ganztagsbetrieb nicht mehr möglich sein. Die neue Halle sollte multifunktional etwa **für Bürgerverein oder auch Quartiersarbeit nutzbar** sein.

- 1.3. Schulcampus Mitte:** Entwicklung zu einer flexibleren Einheit.

Kurzfristig soll mit vorhandenen Pausenflächen und Schulräumen flexibler umgegangen werden. So können Klassenräume in Randlagen der Schulen flexibel in der einen oder anderen Schulform genutzt werden. Noch dringender ist die **Neuordnung und Aufwertung der Pausenflächen Schellingschule/ GHR**. Die reine Neuordnung kann durch bloßes Nachdenken und Striche aufmalen erledigt werden. Zeitgleich mit der Behelfslösung soll eine grundsätzliche Überplanung eingeleitet werden.

- 1.4. 10% Pauschalkürzung im Schulbereich:** soll zurückgenommen werden.

Die Schulen haben seit Jahren relativ konstante Mittelanmeldungen. Die Preissteigerungen über die Jahre wurden nicht berücksichtigt. Eine 10% Kürzung ist daher nicht zumutbar.

- 1.5. Eisbahn als Winterattraktion:** ähnlich wie erfolgreich in Gerlingen praktiziert soll für einige Tage im Winter eine mobile Eisbahn eingerichtet werden.

Selbst **am schrägen Marktplatz ist eine Einrichtung möglich**, da die Grundplatten gut 1m Höhenunterschied ausgleichen können. Das Adventsdörfle mit weniger Ständen als der klassische Weihnachtsmarkt lässt genug Raum um eine Bahn beispielsweise zwischen Altem Rathaus und Trölsch entstehen zu lassen. Der Betrieb kann ehrenamtlich organisiert werden, Schlittschuhverleih und Zutritt genügen zur Finanzierung. S:ALZ geht aktiv voran und stellt zugesichert für zwei Tage Betriebspersonal.

2. Stadtumbau Mitte / innerstädtische Entwicklung

2.1. Stadt für Morgen: die Planungen sollen zunächst auf die Eltinger Straße konzentriert werden.

Da **Bosch nun nicht beiderseits der Straße** baut, ist die Umplanung des Bereichs nicht mehr von höchster Priorität. Eine kosmetische Anpassung des Straßenraums kann zunächst genügen, bis klar ist, was mit der Baugrube passiert.

Im Bereich Eltinger Straße soll **ergänzend der Kleine Einbahnstraßenring** „um Post-/Layher-Areal“ geprüft werden. Ziel ist zum Einen Straßenraum-Gewinn an der Engstelle vor der alten Schuhfabrik, zum Anderen eine direkte Ableitung des Autobahnumgehungsverkehrs in Richtung Westanschluß und Zufahrt in Richtung Ezach ohne die Hauptkreuzung Mitte zu belasten, die ja durch Umbau auf lediglich eine Richtungsfahrbahn etwas anfälliger wird.

2.2. Wochenmarkt-Verlegung: Standortwechsel von Steinstraße zu Rathausparkplatz.

Der Wochenmarkt in der **Steinstraße verkümmert**. Immer weniger Stände in noch immer coronalen Abständen wirken wenig einladend. Dazu rückt das **Thema Stadt-Überhitzung** in den Vordergrund und wird gerade hier erlebbar. Eine Verlegung an den historischen Marktplatz mag zwar Urlaubserinnerungen wecken, ist aber von der erwarteten Umsatzmenge auch wegen der Parksituation nicht darstellbar.

Am Rathausparkplatz dagegen ist Parken leicht möglich, die **Bäume bieten Verschattung** und die Stromversorgung wurde bereits beim Rathausumbau mit erledigt. Sollte in Zukunft der Brückenschlag zur Altstadt vollzogen sein, ist es von hier aus leichter etwa die Gastronomie dort fußläufig zu erreichen.

2.3. Biergarten Stadtpark: die Forderung wird wie im letzten Jahr aufrecht erhalten. Wir bitten die Planung mit der Entwicklung der Stadthalle zu kombinieren.

Als **Vorstufe** ist die Stellfläche an der Lagerhütte am See **für einzelne Foodtrucks, Eiswaagen etc.** testweise freizugeben und bekanntzumachen. So kann ohne direkte Toilette eine Versorgung erfolgen, Gäste könnten die Sitzstufen am See nutzen.

2.4. Toilette Stadtpark: im Rahmen der Umplanung Stadthalle soll eine Außentoilette zum Stadtpark hin geplant werden, die leicht durch Ordnungsbehörden einsehbar ist.

3. Bauen & Wohnen

3.1. Zufahrt unterer Schützenrain: Kreisverkehr und ggf. Verlegung Ortsschild.

Die Zufahrt zum Neubaugebiet kann keinesfalls über die kleinen Sträßchen von oben erfolgen, zumal hier durch Grundstücke auch keine Aufweitung möglich ist.

Eine Zufahrt von einem Kreisverkehr an der Feuerbacher Straße bedarf womöglich einer Verschiebung des Ortsschildes. Das **Argument des Schleichweges in die Stadt ist gegenstandslos**, wenn hier lediglich eine Sackgasse die Tiefgarage anbindet. Die **Tiefgarage kann mit einer zweiten Zufahrt** von oben ergänzt werden. Nur über den Kreisverkehr wird die Stadt entlastet, etwa durch dann direkten Abfluss zur Autobahnanschlussstelle Ditzingen.

3.2. Ehemaliges Seniorenwohnen am Park: die Stadt soll in Besitz des Objekts gelangen um die Entwicklung hier positiv zu beeinflussen.

Wir bedanken uns bei den bearbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Aufarbeitung unserer Anträge!

Lfd. Nr. 2023/ 007011
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Jugendplatz: Skateranlage.
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>300.000</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfängliche aktion mehr nötig.
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Die Platzfrage zur Verortung der Skateranlage muss im ersten Halbjahr 2024 beantwortet werden.</p> <p>Die im Jugendforum als Fläche 3 beim Freibad benannte Fläche könnte funktionieren. Allerdings sind hier Fahrradständer und die Fläche ist ausserhalb der Freibadsaison nicht ins Stadtgeschehen eingebunden.</p> <p>Als Alternative bitten wir eine südöstliche Fläche des Stadthallenparkplatzes zu prüfen. Die ist als Parkfläche entbehrlich, da der Stadthallenparkplatz bei üblichem Betrieb zu groß, bei großen Veranstaltungen sowieso viel zu klein ist, dann ein ausweichen an den Festplatz unvermeidlich ist. Zudem ist die Fläche im förderfähigen Gebiet des Stadtumbaus.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007012
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Sporthalle: Kindercampus Ezach
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>2.500.000</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfängliche aktion mehr nötig.
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Die Entwicklung des Kindercampus Ezach läuft und soll nicht gebremst werden.</p> <p>Wir fordern für den zweiten Planungsabschnitt eine Sporthallenplanung voranzuteiben. Die gemeinschaftliche Nutzung mit der Halle der Mörikeschule wird wegen des Schuldkindzuwachses und ausgeweitetem Ganztagsbetrieb nicht mehr möglich sein. Die neue Halle sollte multifunktional etwa für Bürgerverein oder auch Quartiersarbeit nutzbar sein.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007013
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Schulcampus Mitte: Schulhof Schellingschule
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>2.000-</u> <u>1.500.000</u> _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfangreiche Aktion mehr nötig.
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Schulcampus Mitte: Entwicklung zu einer flexibleren Einheit. Kurzfristig soll mit vorhandenen Pausenflächen und Schulräumen flexibler umgegangen werden. So können Klassenräume in Randlagen der Schulen flexibel in der einen oder anderen Schulform genutzt werden.</p> <p>Noch dringender ist die Neuordnung und Aufwertung der Pausenflächen Schellingschule/ GHR.</p> <p>Die reine Neuordnung kann durch bloßes Nachdenken und Striche aufmalen erledigt werden. Zeitgleich mit der Behelfslösung soll eine grundsätzliche Überplanung eingeleitet werden.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007014
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Rücknahme 10% Pauschalkürzung im Schulbereich
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>sämtliche Ziffern 14 EUR</u>
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Stadtumbau Bereich Poststraße. Wegen Baugrube keine umfängliche Aktion mehr nötig.
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	Die Schulen haben seit Jahren relativ konstante Mittelanmeldungen. Die Preissteigerungen über die Jahre wurden nicht berücksichtigt. Eine 10% Kürzung ist daher nicht zumutbar.

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschlussempfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007015
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Eisbahn als Winterattraktion
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>0 - 15.000</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	10% Kürzung Budget des Oberbürgermeisters
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Ähnlich wie erfolgreich in Gerlingen praktiziert soll für einige Tage im Winter eine mobile Eisbahn eingerichtet werden. Selbst am schrägen Marktplatz ist eine Einrichtung möglich, da die Grundplatten gut 1m Höhenunterschied ausgleichen können. Das Adventsdörfle mit weniger Ständen als der klassische Weihnachtsmarkt lässt genug Raum um eine Bahn Beispielsweise zwischen Altem Rathaus und Trölsch entstehen zu lassen. Der Betrieb kann ehrenamtlich organisiert werden, Schlittschuhverleih und Zutritt genügen zur Finanzierung. S:ALZ geht aktiv voran und stellt zugesichert für zwei Tage Betriebspersonal.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007021
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Stadt für Morgen: Konzentration Eltinger Str.
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input checked="" type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>1.000.000</u> EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/Begründung	<p>die Planungen sollen zunächst auf die Eltinger Straße konzentriert werden.</p> <p>Da Bosch nun nicht beiderseits der Straße baut, ist die Umplanung des Bereichs nicht mehr von höchster Priorität. Eine kosmetische Anpassung des Straßenraums kann zunächst genügen, bis klar ist, was mit der Baugrube passiert.</p> <p>Im Bereich Eltinger Straße soll ergänzend der Kleine Einbahnstraßenring „um Post-/Layher-Areal“ geprüft werden. Ziel ist zum Einen Straßenraum-Gewinn an der Engstelle vor der alten Schuhfabrik, zum Anderen eine direkte Ableitung des Autobahnumgehungsverkehrs in Richtung Westanschluß und Zufahrt in Richtung Ezach ohne die Hauptkreuzung Mitte zu belasten, die ja durch Umbau auf lediglich eine Richtungsfahrbahn etwas anfälliger wird.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007022
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Wochenmarkt-Verlegung zum Rathaus-Parkplatz
Art des Antrags	<input type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input checked="" type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Der Wochenmarkt in der Steinstraße verkümmert. Immer weniger Stände in noch immer coronalen Abständen wirken wenig einladend. Dazu rückt das Thema Stadt-Überhitzung in den Vordergrund und wird gerade hier erlebbar. Eine Verlegung an den historischen Marktplatz mag zwar Urlaubserinnerungen wecken, ist aber von der erwarteten Umsatzmenge auch wegen der Parksituation nicht darstellbar.</p> <p>Am Rathausparkplatz dagegen ist Parken leicht möglich, die Bäume bieten Verschattung und die Stromversorgung wurde bereits beim Rathausumbau mit erledigt. Sollte in Zukunft der Brückenschlag zur Altstadt vollzogen sein, ist es von hier aus leichter etwa die Gastronomie dort fußläufig zu erreichen.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/007023
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Biergarten Stadtpark
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Erhöhung <input checked="" type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>Pacht wie</u> <u>festgelegt</u> _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>die Forderung wird wie im letzten Jahr aufrecht erhalten. Wir bitten die Planung mit der Entwicklung der Stadthalle zu kombinieren. Als Vorstufe ist die Stellfläche an der Lagerhütte am See für einzelne Foodtrucks, Eiswagen etc. testweise freizugeben und bekanntzumachen. So kann ohne direkte Toilette eine Versorgung erfolgen, Gäste könnten die Sitzstufen am See nutzen.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschlussempfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007024
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Toilette Stadtpark
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>10.000</u> _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	im Rahmen der Umplanung Stadthalle soll eine Außentoilette zum Stadtpark hin geplant werden, die leicht durch Ordnungsbehörden einsehbar ist.

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/007031
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Zufahrt unterer Schützenrain: Kreisverkehr
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung <u>250.000</u> _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	Zielgerichteteres Arbeiten GS Warmbronn
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	<p>Die Zufahrt zum Neubaugebiet kann keinesfalls über die kleinen Sträßchen von oben erfolgen, zumal hier durch Grundstücke auch keine Aufweitung möglich ist.</p> <p>Eine Zufahrt von einem Kreisverkehr an der Feuerbacher Straße bedarf womöglich einer Verschiebung des Ortsschildes. Das Argument des Schleichweges in die Stadt ist gegenstandslos, wenn hier lediglich eine Sackgasse die Tiefgarage anbindet. Die Tiefgarage kann mit einer zweiten Zufahrt von oben ergänzt werden. Nur über den Kreisverkehr wird die Stadt entlastet, etwa durch dann direkten Abfluss zur Autobahnanschlussstelle Ditzingen.</p>

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss- empfehlung	

Lfd. Nr. 2023/ 007032
Haushaltsantrag zum Haushaltsplan 2024



Antragsteller/in	S:ALZ
Antrag/Betreff	Erwerb ehemaliges Seniorenwohnen am Park
Art des Antrags	<input checked="" type="checkbox"/> mit finanziellen Auswirkungen <input type="checkbox"/> keine finanziellen Auswirkungen
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung <input type="checkbox"/> Reduzierung im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt <input type="checkbox"/> Ertrag <input type="checkbox"/> Einzahlung <input type="checkbox"/> Aufwand um <input type="checkbox"/> Auszahlung _____ viel _____ EUR
Deckungsvorschlag (bei Aufwands-/Auszahlungserhöhung)	
Laufzeit des Antrags	<input type="checkbox"/> Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend (bis _____)
Hintergründe/ Begründung	die Stadt soll in Besitz des Objekts gelangen um die Entwicklung hier positiv zu beeinflussen.

Wird von der Verwaltung ausgefüllt:

Stellungnahme der Verwaltung	
Beschluss-empfehlung	

2023/192-08

öffentlich



Dezernat I
Ortschaftsverwaltung Warmbronn

Bezugsvorlagen: 2023/192

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Ortschaftsrat Warmbronn (Vorberatung)	27.11.2023	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	07.12.2023	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	19.12.2023	Ö

Haushaltsplan 2024 - Ergänzungsanträge aus dem Ortschaftsrat Warmbronn

Beschlussvorschlag

1. Die für den Stadtteil Warmbronn relevanten Haushaltsplandaten 2024 werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Anträge des Ortschaftsrates werden unter 2023/192-08, Haushaltsplan 2024 – Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA NEIN

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich auf Grund der weiteren Beschlussfassung.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

In der Sitzung des Ortschaftsrates Warmbronn am 23.10.2023 beschlossen die Mitglieder des Ortschaftsrates folgende Anträge:

1. Für die Sanierung des Zu- und Ablaufs vom Warmbronner See (Mönch-Bauwerk) sind die notwendigen Finanzmittel im Haushaltsplan 2024 bereitzustellen.
2. Für die Erneuerung des Fahrbahnbelags der Talackerstraße sind die notwendigen Finanzmittel im Haushalt 2024 bereitzustellen.
3. Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, ob am Alten Friedhof eine neue WC-Anlage installiert werden kann. Die notwendigen Finanzmittel sollen im Haushalt 2024 bereitgestellt werden.

Begründung

Zu 1)

Die Sanierung ist auf Grund der bereits dokumentierten Schäden dringend notwendig, da sonst die Gefahr besteht, dass die Zuleitung komplett zusammenbrechen wird.

Zu 2)

Der Fahrbahnbelag der Talackerstraße ist in einem schlechten Zustand und sollte erneuert werden.

Zu 3)

Für Besucher des Alten Friedhofs gibt es keine Möglichkeit ein WC aufzusuchen. Das bisherige WC in der Aussegnungshalle ist nur während der Beisetzungen geöffnet und auf Grund der beengten Verhältnisse in der Halle schlecht erreichbar.

Anlage/n

Keine